

Bezugspreis: Vom 21. Sept. 20 Millionen Mark voraus zahlbar. Unter Kreuzband vom 21. Sept. 1923 für Deutschland, Danzig, Saar- und Rheingebiet sowie Österreich u. Luxemburg 21 000 000 M., für das übrige Ausland 23 000 000 M. Postbezugspreis freibleibend.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“, der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ und der Beilage „Siedlung und Kleingarten“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphische Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigen-Grundpreise: Die einseitige Nonpareilzeile 400 Mark. Kleinspaltige 2000 Mark. „Kleine Anzeigen“ das fertige Druckbild 120 Mark. (zweiwöchentlich gedruckt) jedes weitere Wort 60 Mark. Stellenangebote das erste Wort 60 Mark., jedes weitere Wort 50 Mark. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familienanzeigen für Abonnenten gratis 40 Mark. Alle Grundpreise mal Schlüsselzahl gerechnet 30 000.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptredaktionsbüro, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Offener von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295
Verlag: Dönhofs 2506-2507

Sonntag, den 23. September 1923

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Postkontonto: Berlin 375 36 — Bankkonto: Direction der Diktonto-Gesellschaft, Depositarische Lindenstraße 3

Warnung vor Putschversuchen.

Erste Beratungen der Reichsregierung.

Amlich wird mitgeteilt: In der Öffentlichkeit sind in letzter Zeit wiederholt Gerüchte aufgetaucht über Bewegungen, die sich gegen die Staatsgewalt richten und einen Umsturz vorbereiten. Von verschiedenen Seiten sind nach dieser Richtung auch öffentliche Drohungen ausgesprochen worden.

An der Stellung der Reichsregierung gegenüber etwaigen derartigen Versuchen kann ein Zweifel nicht bestehen. Unter dem Vorbehalt des Reichspräsidenten hat heute eine Beratung stattgefunden, an welcher der Reichskanzler, der Reichsminister des Innern, der Reichswehrminister und der Chef der Heeresleitung, General v. Seeckt, teilgenommen haben. Diese Beratung hatte den Zweck, alle Maßnahmen vorzubereiten, die notwendig werden können, um derartige Bestrebungen unschädlich zu machen.

Es besteht unter den verantwortlichen Faktoren der Reichsregierung volle Uebereinstimmung darüber, daß gegenüber jedem Versuch, die Staatsgewalt zu erschüttern, von welcher Seite er auch kommen mag, sofort die erforderlichen Maßnahmen ergriffen und die der Reichsregierung genügend zur Verfügung stehenden Machtmittel des Staates eingesetzt werden müssen.

herbeigeführt werden könnten. Man könne sich der Beforgnis nicht erwehren, daß, wenn nicht die größte Sorgfalt und Wachsamkeit beobachtet werde, England bei der Regelung der europäischen Angelegenheiten in eine tatsächliche Unterordnung gelangen könne. „Evening Standard“ fragt, ob die vor sechs Wochen an Frankreich gerichtete Note des Lord Curzon vergessen werden solle. Diese Frage müßten Baldwin und sein Kabinett nächsten Mittwoch erörtern. Hierbei ergebe sich die weitere ernste Frage, ob mit dem Nachgeben der Deutschen im Ruhrgebiet Großbritannien seine Politik des Widerstandes gegen die Ruhrbesetzung preisgeben und diese gutheißen solle, obwohl der finanzielle Erfolg des Unternehmens durch die Tatsache des deutschen Nachgebens allein nicht bewiesen sei.

Die Verhandlungen mit Frankreich.

Zu der von uns im Sonnabend-Abendblatt unter der Ueberschrift „Der Druck Frankreichs“ wiedergegebenen Pariser Meldung wird amtlich gemeldet:

Wir glauben zu wissen, daß diese Information nicht der Quelle entstammt, die in dem Telegramm aus Paris angegeben ist. Damit entfällt wohl ihr Wert und ihre Glaubwürdigkeit.

Uebergriffe der Rheinlandkommission.

Eine Verordnung über den Notgeldverkehr.

Aus dem Rheinland wird uns geschrieben: Die separatistische Bewegung hat seit langem mit einer Währung agitiert, die dem Inflationselement mit einem Schlage ein Ende machen sollte. Allerdings haben es die Franzosen mit der Einführung einer rheinischen Währung nicht eilig gehabt. Man scheute das Risiko und war schließlich von der Unmöglichkeit dieser Währung überzeugt. Gegen den anderen Plan, den französischen Frank im Rheinland wie im Saargebiet heimisch zu machen, wandten sich vor allem französische Währungspolitiker, weil sie eine Schwächung des an und für sich schon bedrohten Frankkurzes befürchteten. In letzter Zeit ist nun die Geldfrage im Rheinland brennend geworden. Weil das Reichsgeld, wo man es kriegen konnte, von der französischen Besatzungsbehörde beschlagnahmt wurde, griff man zur Ausgabe von Notgeld. Da dieses Notgeld überall in Zahlung genommen wurde, war der Zustand immerhin erträglich. Eine andere Auffassung hatte die Interalliierte Rheinlandkommission, die die rheinischen Berufsstände einlud, an einer Vereinheitlichung des Notgeldes mitzuarbeiten. Das wurde abgelehnt. Deshalb ist sie jetzt mit einer Verordnung vor die Öffentlichkeit getreten, die eine Neuregelung des Notgeldverkehrs beschließt. Diese Regelung ist keineswegs ideal und bedeutet keinen Fortschritt gegenüber dem bisherigen Zustand. Das besetzte Gebiet wird in neun Zonen eingeteilt, in denen die der Interalliierten Kommission genehmigten Firmen usw. Notgeld herausgeben sollen. Die Vereinheitlichung will man durch Zonenzeichen erreichen. Die Herausgabe eines anderen Notgeldes wird unter schwere Strafen gestellt. Ein Fortschritt gegenüber dem bisherigen Zustand ist hier überhaupt nicht ersichtlich. Vielmehr wird die Ausschaltung des Reichsgeldes von selbst zu einer übermäßigen Emission treiben und das komplizierte rheinische Wirtschaftsleben in ganz kurzer Zeit empfindlich stören. Selbst gegenüber der verwässerten Marktwährung liegt dieser Zustand nicht zu übersehende Gefahren. Vielfach wird darauf hingewiesen, daß die Neuregelung der Interalliierten Kommission ein Vorläufer für eine rheinische Währung sei. Wir halten diese Bedenken für übertrieben. Es mögen vielleicht die versteigerten Agitatoren in der Umgebung des Herrn Tirard sein, die sich mit solchen phantastischen Plänen beschäftigen, und sie als Mittel betrachten, das Rheinland vom Reich zu lösen. Leute, die aber die rheinische Bevölkerung kennen und etwas von der rheinischen Wirtschaft verstehen, müssen über solche Pläne lachen. Die rheinische Währung wird die wirtschaftlichen Zusammenhänge des Rheinlandes mit seinem Hauptabgabebiet, dem unbesetzten Deutschland, durchschneiden und die rheinische Produktion auf das ernsteste gefährden, wodurch man sicherlich nicht die rheinische Bevölkerung für einen selbständigen Rheinstaat begeistert.

Keine Kohlenpreiserhöhung.

In den gestrigen Verhandlungen im Reichskohlenrat mit dem Wirtschaftsministerium wurde, wie T. U. meldet, eine Einigung dahingehend erzielt, daß die Kohlenpreise einstweilen unverändert bleiben.

Die Mark in New York.

In New York wurde die Mark gestern ungünstiger bewertet als nach der letzten amtlichen Berliner Notierung. Die Schlussnotierung lag mit 142,8 Millionen Mark nach dem Geld- und 133,9 Millionen Mark nach dem Briefkurs je Dollar jedoch noch unter den im gestrigen Berliner Freiverkehr genannten Dollarkursen.

Positive Aufgaben.

Arbeiter und Regierung.

Am Mittwoch tritt der Reichstag wieder zusammen, am Tage zuvor versammelt sich die sozialdemokratische Fraktion zu ihrer ersten Sitzung nach den Ferien. Entschlüsse von weitesttragender Bedeutung sind zu fassen.

In der auswärtigen Politik ist die Beendigung des Ruhrkonflikts zur Notwendigkeit geworden. Es wäre sinnlos zu verschweigen, daß der passive Widerstand als Waffe gegen die fremde Gewalttätigkeit zusehends an Kraft verliert, daß die finanzielle Last, die dem Reich durch diesen Kampf auferlegt wird, auf die Dauer nicht mehr getragen werden kann und daß der Konflikt infolgedessen zu einer diplomatischen Lösung drängt, bei der Frankreich als der stärkere Teil in Erscheinung treten wird. Die Frage ist nur noch — und trotz dieses „nur“ ist das eine Frage von entscheidender Bedeutung —, inwieweit es der Geschäftlichkeit der deutschen Regierung, der Einsicht eines Teils der französischen Volkmeinung, dem mächtigen Einfluß der Alliierten Frankreichs gelingen wird, sich Geltung zu verschaffen und eine Lösung herbeizuführen, die zu einer wirklichen Entspannung der Lage und zu einer wirtschaftlichen Erholung führt.

Was immer der Ausgang sein möge, so war der passive Widerstand zweifellos doch eine psychologische und politische Notwendigkeit. Weder hätte sich die arbeitende Bevölkerung der besetzten Gebiete zu einer willen- und widerstandslosen Unterwerfung unter die Herrschaft der Bajonette hergeben, noch hätte die Welt eine solche kampflose Unterwerfung verstanden. Sie hat es desto besser verstanden, daß sich Bergarbeiter und Eisenbahner, Angestellte und Beamte zur Wehr setzten und die ganze internationale Arbeiterbewegung hat diesem heroischen Kampf gehuldet. Durch ihn hat die deutsche Arbeiterklasse die Achtung der Welt, hat das deutsche Volk als Ganzes viel Sympathie im Ausland gewonnen. Hätten wir von Anfang des Konfliktes an eine Regierung gehabt, die diese Faktoren auszunutzen verstand, die dem Kampf elastischere Formen gab und durch eine fruchtige Finanzpolitik dem drohenden Währungsverfall einen starken Hemmschuh anlegte, dann wäre eine raschere und günstigere Beendigung zu erwarten gewesen.

Es hat wenig Zweck, über die Fehler der Sozialisten in reinen Cuno-Regierung noch ausführlich zu reden, sie werden heute allgemein auch von den bürgerlichen Parteien zugegeben. Die gegenwärtige Regierung, in der die Sozialdemokratie wieder vertreten ist, hat eine schwere Erbschaft übernommen — sie muß sie liquidieren!

Es ist kein Wunder, daß angesichts der wirtschaftlichen Zerrüttung und der bitteren Not der arbeitenden Massen Stürmen laut werden, die diese Aufgabe als überhaupt hoffnungslos ansehen und einen Austritt unserer Partei aus der Regierungskoalition verlangen. Ruhige Ueberlegung zeigt jedoch, daß sich die Partei nicht mit Ruhm bedecken würde, wenn sie auf solche Weise die kaum aufgenommene Fronte wieder ins Korn werfen und sich seitwärts in die Büsche schlagen wollte. Die Arbeiterschaft wünscht die Lösung des Ruhrkonflikts, sie wünscht die Erhaltung der Republik, die durch die auswärtige Krise schwer bedroht ist, und es liegt im Sinne dieser Wünsche, wenn die Partei auf dem schwierigen Posten, den sie bezogen hat, aushält und alles tut, was in ihren Kräften steht, um die Dinge zu einem guten Ende zu führen.

Nicht minder gewaltig sind die Aufgaben, die auf dem Gebiet der inneren Politik zu lösen sind. Hier steht die Währungsreform im Vordergrund des Interesses. Unter der Leitung eines sozialdemokratischen Reichsfinanzministers ist dieses unendlich schwierige Werk in Angriff genommen worden. Er kann jetzt nicht im Stich gelassen werden, ohne daß die Abdikation, der Austritt aus der Regierung einer Bankrotterklärung der Partei gleichzusetzen wäre. Zu einer solchen Bankrotterklärung liegt aber um so weniger ein Anlaß vor, als niemand unter uns glauben wird, daß bei einer Währungsreform die Interessen der Lohn- und Gehaltsempfänger von einer rein bürgerlichen Regierung und einem bürgerlichen Finanzminister besser gewahrt werden würden, als von einer sozialdemokratisch durchgeführten und von einem sozialdemokratischen Finanzminister. Begreiflich, allzu begreiflich ist die Ingeduld, mit der die Massen die Rückkehr zu stabileren Wirtschaftsverhältnissen herbeizuholen, begreiflich, allzu begreiflich ist die Verzweiflung, die in den Arbeiterhäusern mit zu Tisch sitzt und Rat schlägt, die stimmungsgemäß eine Entlastung, sachlich aber nur eine Vermehrung des Elends bedeuten. Aber wiederum wird sich solchen Stimmungen gegenüber die ruhige Ueberlegung sagen müssen, daß die Partei nicht mit einer Gebärde der Hoffnungslosigkeit aus den Händen lassen kann, was sie einmal angepackt hat. Nein, es heißt, weiter zupacken und auf seinen Stern vertrauen!

Es ist hier die Frage aufgeworfen worden, ob die dringenden Fragen der äußeren und inneren Politik durch eine bürgerliche Regierung — etwa eine Neuaufgabe der Cuno-Regierung oder eine noch weiter rechts gerichtete — besser gelöst werden könnten. Sie aufzuwerfen, heißt sie zugleich verneinen! Aber wo ist überhaupt die deutsche Reichs-

England und die Ruhrbesetzung.

London, 22. September. (W.B.) „Evening Standard“ berichtet, daß sofort nach der Rückkehr Baldwins von seiner Zusammenkunft mit Poincaré von maßgebender Seite in London eine wichtige Mitteilung gemacht worden sei, die ernste Fragen, betreffend die Beziehungen Englands zu Frankreich aufwerfe. Der politische Berichterstatter des Blattes gibt diese Mitteilung, die er als die amtliche britische Ansicht über die Unterredungen zwischen Baldwin und Poincaré in Paris bezeichnet, wörtlich wie folgt wieder:

Es wird erwartet, daß der Premierminister bald eine Gelegenheit ergreifen wird, um seine Kabinettskollegen mit dem Ergebnis seiner Zusammenkunft mit Poincaré in Paris bekanntzumachen. Obwohl dramatische Entwicklungen nicht erwartet wurden, ist ein Ergebnis von größter Bedeutung erzielt worden, nämlich die Wiederherstellung des gegenseitigen Vertrauens zwischen den Häuptern der beiden Regierungen. Solange Zweifel und Argwohn bestanden, war wenig Aussicht auf eine wirtschaftliche oder politische Regelung in Europa.

Aber es wäre falsch, anzunehmen, das Großbritanniens die Auffassung preisgegeben habe, daß die Besetzung des Ruhrgebietes unrechtmäßig ist und außerhalb der Sphäre des Versailles Vertrages liegt.

Das zwischen den beiden Premierministern erzielte Uebereinkommen bezieht sich nur auf den Grundsatz der Reparationen. Mit Bezug auf die Methode der Bezahlung von Reparationen besteht jedoch keine vollständige Uebereinstimmung. Es ist festgestellt worden, daß hinsichtlich des Zinses, Reparationen von Deutschland zu erhalten und das europäische Wirtschaftsleben wieder herzustellen, zwischen den beiden Regierungen keinerlei Gegensatz besteht. Es ist darauf hingewiesen worden, daß die Entwicklung in Deutschland automatisch zahlreiche Fragen ausgeschaltet haben möge, die geeignet waren, die englisch-französischen Beziehungen schwieriger zu gestalten. Die herrschenden Kommentare der französischen und belgischen Presse werden in Großbritannien sehr gewürdigt und die veränderte Atmosphäre ist geeignet, jeden künftigen Meinungsaustritt zwischen beiden Regierungen zu fördern.

Der Berichterstatter des genannten Blattes fragt, was die Mitteilung bedeute. Heute vormittag sei von gewisser Seite folgende aus Paris stammende Erklärung abgegeben worden: Die britische Regierung werde ihre Kritik der französischen Ruhr- und Reparationspolitik nicht weiter verfolgen. Dies sei, was man in Paris glaube.

Bedeutet die Erklärung, daß über die Ruhrbesetzung nichts mehr gesagt und daß der Schiefer des Schweigens über die berühmte Note Curzons an die französische Regierung betreffs der Unrechtmäßigkeit der Ruhrbesetzung gezogen werden solle? Im Lichte der oben erwähnten offiziellen Auslassung habe es den Anschein, als ob dies die korrekte Auslegung sein solle. Wenn dies der Fall sei, so werde damit ein neues Blatt aufgeschlagen, und der jetzt erwartete Abschluß des passiven Widerstandes bedeute einen neuen Beginn.

Unter diesen Umständen werde die Ruhrbesetzung tatsächlich verziehen sein, wenn es auch den Franzosen möglich sein werde, sie bis zu einem Maße der Unschicklichkeit zu reduzieren, die es dem Ruhrgebiet gestatten werde, in einiger Zeit seine gewohnten wirtschaftlichen Funktionen gegenüber Deutschland und der übrigen Welt wieder aufzunehmen.

Vom britischen Standpunkt sei es jedoch eine ernste Frage, ob England künftig nicht mehr die Freiheit haben solle, seine Kritik der französischen Reparationspolitik fortzusetzen. Es sei zu bedauern, daß zurzeit das Parlament nicht tagt, weil sonst weitere Mitteilungen über diese wichtigen Punkte zur Aufklärung des Landes

Regierung, die als Nachfolgerin der gegenwärtigen in Betracht käme? Die Auflösung der gegenwärtigen Regierung in diesem Augenblick würde einen Zustand der Verwirrung schaffen, in dem weder eine diplomatische Beendigung des Ruhrkonflikts, noch eine Währungsreform möglich wäre. Der Bestand des Reiches selbst wäre in Frage gestellt. Und in dem Chaos, das dann ausbräche, würde die Arbeiterschaft nichts zu erben haben, als neue entsetzliche Opfer und vermehrtes Elend. Von einem Zustand der Anarchie hat niemand etwas Gutes zu erwarten, als die am besten bewaffneten Hände und die härtesten, die skrupellosesten kapitalistischen Haisjüde.

Wenn wir also sagen, daß der Bestand der gegenwärtigen Regierung bis auf weiteres eine Notwendigkeit ist, so sagen wir das nicht nur den Parteigenossen, die anderer Meinung sind, sondern auch den bürgerlichen Parteien. Es geht nicht an, daß die Dinge auf den Kopf gestellt werden, indem man von erreichten und überschrittenen Friedenslinien der Arbeiter spricht, während jede mühsam errungene Verbesserung durch den Marktzug des nächsten Tages wieder mehr als weitgemacht wird. Es geht nicht an, daß der Achtstundentag angefaßt und einer unterernährten Arbeiterschaft die Gefahr der Heberarbeit nahegerückt wird. Es geht nicht an, daß Unternehmer ohne alleräußerste Not der Parole der Produktionssteigerung Hohn antun, indem sie Kurzarbeit einführen oder ihre Betriebe schließen. Wenn die Arbeiterschaft durch ihre Vertreter im Reichstag und der Regierung ihr Verantwortungsgefühl gegenüber der Volksgemeinschaft bekräftigt, so kann von der anderen Seite mit Fug und Recht daselbe gefordert werden. Und wenn die Besiegten nicht erkennen, daß nur durch schwere Opfer der Ausbruch des Chaos verhindert werden kann, so tragen sie für seinen Ausbruch die Verantwortung!

Der Sozialdemokratischen Partei fällt es also durchaus nicht ein, auf das, was sie für notwendig hält, zu verzichten. Sie wird es im Gegenteil auf jede Konsequenz hin vertreten. Sie wird sich nicht zu einem Anhängel der bürgerlichen Parteien degradieren aus Angst vor dem, was kommen könnte, wenn die gegenwärtige Regierung ausfallen müßte, die Geschäfte des Reiches weiterzuführen. Aber in einem Konflikt von unabsehbaren Folgen kann sie sich auch nicht einlassen, ohne daß die Kampfspositionen scharf abgegrenzt und die Verantwortungen klar verteilt sind. Ohne äußerste Not einen solchen Konflikt zu eröffnen, wäre ein Verbrechen am deutschen Volk, nicht zuletzt an der deutschen Arbeiterschaft. Und da gelehrt die Gerechtigkeit zu sagen, daß ein derartiger Konflikt in der gegenwärtigen Regierung nicht — auch nicht einmal in seinen Anfängen — zu erkennen ist. Man nenne eine Forderung, die notwendig, zweckmäßig und erfüllbar ist, deren Anerkennung aber von den bürgerlichen Teilhabern an der Regierung grundsätzlich verweigert wird, eine Forderung von solcher Bedeutung, von solcher Vollständigkeit, daß die Sozialdemokratie mit ihrer Nichterfüllung ihren Austritt aus der Regierung rechtfertigen könnte! Erst wenn über eine solche Forderung Einigkeit in der Partei erzielt und es klar geworden ist, daß sich die bürgerlichen Parteien ihrer Erfüllung widersetzen, erst dann wird sich die Sozialdemokratie der Mitverantwortung entschließen können, ohne sich mit noch schwererer Verantwortung zu belasten.

Aus der Zeit des Obrigkeitstaates haben wir den Ruf: „Fort mit diesem oder jenem!“ übernommen. Fort mit diesem Mann! Fort mit dieser Regierung! Fort mit diesem System! Aber in der Zeit der Demokratie sind wir auch mitverantwortlich für das, was danach kommt. Statt „fort mit...!“ wäre es besser, heutzutage „her mit...!“ zu rufen. Aber freilich muß dieser Ruf dann auch Sinn und Verstand haben, er darf nicht lauten: „Her mit der Arbeiter- und Bauernregierung!“ „Her mit der Regierung des Mondes!“ — wie bei den Kommunisten.

Angesichts der gegebenen Machtverhältnisse ist die gegenwärtige deutsche Reichsregierung in diesem Augenblick und für die nächste absehbare Zukunft die einzige politische Möglichkeit. Es ist die Aufgabe der Sozialdemokratie, in ihr die Interessen der breiten Schichten und unendlich schwer leidenden Volksmassen tatkräftig zu vertreten, den Knäuel der auswärtigen Politik zu entwirren, die Republik und ihre Einheit zu erhalten, die Staatswirtschaft zur Ordnung zu führen und damit die Vorbedingungen zu schaffen, auf deren Grundlage wieder ein besseres Dasein und der Aufstieg zu höheren Formen menschlicher Gemeinschaft möglich sein wird. Aus dem Trümmerhaufen des Weltkrieges kann der Tempel des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus nicht an einem Tage gebaut werden. Das ist nur in zäher Pionierarbeit zu erreichen. Kraft und Entschlossenheit ist dazu notwendig, aber auch klare Einsicht in gegebene Möglichkeiten und — was am schwersten aufzubringen ist — trohaldem: auch Geduld!

Auch eine Antwort.

Nicht Krieg gegen Frankreich, sondern Bürgerkrieg.

Wir haben in den letzten Tagen des öfteren darauf hingewiesen, in welche Verlegenheit die Deutschnationalen über die Frage gerieten, wie sie sich ein aktives Vorgehen gegen Frankreich vorstellen. Dieselben Herrschaften, die lobten noch die Einberufung des Reichstags verlangten und ein fürchtbares Geschrei über die Geheimdiplomatie erhoben hatten, verschauten sich, ernstlich zur Rede gestellt, plötzlich hinter das Gebot der Verschwiegenheit aus vaterländischem und staatsmännlichem Interesse. Es ist deshalb begrüßenswert, wenn der Balte Schilling in der „Deutschen Zeitung“ nunmehr einen Ripfel des Geheimnisses läßt. Er schreibt in einer „Tatbereitschaft“ und „Licht einschleusen“ titulierten Wochenbetrachtung über das Problem eines Freiheitskrieges und gelangt bei dieser Gelegenheit zu folgender bemerkenswerten These:

„Geschäfte aber auch das Unmögliche, und die internationale Solidarität bzw. eine andere gütige Fee schenkte uns die äußere Freiheit und Lebensmöglichkeit, wir mühten uns dann erst auch noch die innere seelische Freiheit wiedergewinnen, um wirklich zu sein. Das marxistische Joch der Gewerkschaften muß von uns genommen werden, es ist unentbehrlich und macht aus aufrechten Männern feige, faule Sklaven. Wie wollen die „Kaltblütigen“ das schließlich zuwege bringen?“

Da man keinem Deutschnationalen und Deutschvölkischen zumuten kann, daß er im Ernst an die Möglichkeit einer bewußten Auseinandersetzung mit Frankreich in diesem Augenblick glaubt, bleibt also von dem Kampfsprogramm der Völkischen, wie es Schilling so überaus offen auseinandersetzt, nur der zweite Teil übrig, der bewaffnete Kampf gegen die Gewerkschaften. Danach sind allerdings die etwas mysteriösen Andeutungen der deutschnationalen und deutschvölkischen Presse, in denen es hieß, man solle den bewaffneten Aufstand nur erst einmal wagen, dann werde sich alles finden, verständlich, und es ist nun auch erklärlich, weshalb man sich im völkischen Lager über die Frage nach den Mitteln zum „Freiheits“-Kampf kein Kopfzerbrechen macht. Erklärlich wird es damit ferner, daß die Herren Reventlow und Genossen seit einiger Zeit ihr warmes Herz für die Kommunisten entdeckt haben. Der Spaltplatz in der Arbeiterschaft soll den „Freiheits“-Kampf erleichtern. Man hat demnach allen Grund, Schilling für die fähle Entschlossenheit, mit der er die schöne Seele der angeblich deutsch und national Gesinnten offenbart, dankbar zu sein. Er wird später einmal Gelegenheit haben, Betrachtungen über den Kampf mit der verpöhten Gelegenheit anzustellen.

Im Zusammenhang mit der offenen Erklärung der „Deutschen Zeitung“ ist eine Rede des Vorsitzenden der Deutschnationalen Partei Hergt bemerkenswert, die er auf dem 5. Verbandstag des Landes-

verbandes Mecklenburg-Schwerin hielt. Als Antwort auf die drei Fragen der „Nationalliberalen Korrespondenz“ erklärte er, die Deutschnationale Partei halte zwar eine machtpolitische Lösung des Ruhrkonflikts für möglich, das heiße aber nicht, daß sie einen Krieg mit Frankreich wünsche; man solle hingegen Frankreich vor das Risiko stellen, weiter in Deutschland vorzudringen und es werde sich zeigen, daß es dieses Risiko nicht eingee.

Das sagt derselbe Herr Hergt, der im Kriege prophezeite, die Amerikaner könnten weder fliegen noch schwimmen, das sagt der Führer jener Partei, die vor dem Einbruch in das Ruhrgebiet immer wieder behauptete, vor die Wahl gestellt, werde Frankreich das Risiko eines Einmarsches nicht wagen. Wenn man bedenkt, daß dieselben Deutschnationalen noch vor einigen Tagen zum Krieg mit Frankreich hielten, so wirkt diese Antwort auf die Fragen kläglich. Sie ist geradezu eine Ohrfeige für die deutschvölkische und deutschnationale Presse.

Um so anmaßender wirkt es, wenn Hergt im weiteren Verlauf seiner Rede für den Fall eines Scheiterns der Verhandlungen mit Frankreich die Hebernahme der Regierung durch die Deutschnationale Partei ankündigt. Vergleicht man diese Ankündigung mit den Auseinandersetzungen der „Deutschen Zeitung“, so gewinnt man den Eindruck, daß man in gewissen Kreisen der Völkischen die außenpolitischen Verwicklungen aus innerpolitischen Gründen begrüßt.

Aus der deutschvölkischen Werkstatt.

Vereinigung „Tatbereitschaft“.

Zum Besatz der Königsberger Vereinigung „Tatbereitschaft“ und dem mit ihr in Verbindung stehenden Wander- und Schützenverein für Ostpreußen wird bekannt:

Nach den von der Königsberger Polizeibehörde getroffenen Ermittlungen war die von dem Landwirt Erich Erdmann in Königsberg gegründete und geleitete „Tatbereitschaft“ eine Vereinigung junger Leute, deren Dasein vor der Staatsregierung geheim gehalten werden sollte. Bei der Aufnahme neuer Mitglieder wurde der Versammlungsraum durch ausgestellte Posten vor dem Zutritt Unberufener gesichert. Bei der Vereidigung mußte das neu aufzunehmende Mitglied sich verpflichten, den Anordnungen der „Tatbereitschaft“ durch Eintrag seines Namens und seiner Person, ohne Rücksicht auf seine Familie, Vermögen, Hab und Gut Folge zu leisten und gehorsame Verschwiegenheit geloben, auch mußte er erklären, sich der Folgen bewußt zu sein, die ihn bei einem Berrat zu treffen hätten. Aus den beschlagnahmten Papieren ergibt sich ferner, daß die Vereinigung die Bestrebung verfolgte, die verfassungsmäßig festgestellte republikanische Staatsform des Reiches und Preußens zu untergraben und an deren Stelle die deutschvölkisch-nationale Militärdiktatur zu setzen. Die „Tatbereitschaft“ verfügte auch über Waffen. Unter der Bewehrung und Waffengewehr stand in den Privatwohnungen der Mitglieder, Ledungen in Griffen, Lagen, Anschlagern und Zielen mit Gewehren auf den Schießständen der Friedner Forst. Auch wurden Waffen, darunter ein schweres Maschinengewehr, bei den Mitgliedern vorgefunden und beschlagnahmt. Der mit dieser Vereinigung in Verbindung stehende „Wander- und Schützenverein“ verfolgte nach dem Ergebnis der Ermittlung die gleichen Ziele, insbesondere die waffenrechtliche Ausbildung seiner Mitglieder.

Die Devisen dem Staat!

Nach Mitteilung des Landesfinanzamtes Leipzig ging man in den letzten Wochen in Leipzig dem wilden Handel mit Devisen und Noten tatkräftig zu Leibe; dabei konnten ausländische Zahlungsmittel im Werte von mehr als ein und einhalb Milliarden Mark beschlagnahmt werden.

In Leipziger großen Hotels wurden bei angelegten Devisen und Noten in Höhe von 150 Millionen Mark beschlagnahmt. In einem Bankgeschäft führten die Ermittlungen zur Aufdeckung großangelegter Steuerhinterziehungen und unerlaubter Devisengeschäfte.

Veredelung.

Von Karl Fischer.

Weißt du, was Herrenabende sind, lieber Leser?

Nein, davon hast du keine Ahnung, weil du niemals zur Elite und Oberschicht gehört hast, also es der gute Ton, der bekanntlich immer nur ein Monopol der Menschen der oberen Zehntausend war, verlangte, daß man sich in jedem Winter an mindestens einem Herrenabend beteiligte.

Zu diesen Herrenabenden, bei denen Frauen unter keinen Umständen zugelassen waren, zogen die bevorzugten Vertreter der eblen Männlichkeit den Smoking an, die strahlend steife Oberhemdbrust mit Beilantknöpfen geziert, und überhaupt ging es dabei sehr zwanglos zu.

Man rauchte diese Zigarren, verzapfte Biere, über die ein Standbild aus Stein rot werden konnte, saß Wein und Vikore und betrug sich auch sonst wie ein Schwwein, wie es eben die Kultur der bevorzugten Klasse mit sich brachte.

So, lieber Leser, nun weißt du was Herrenabende waren, und du denkst gewiß erleichtert: Gott sei dank, solche Saufereien (der Seher kann sich hier übrigens heftentüchtig verlippen und Sauereien sagen) sind wir jetzt los, und du glaubst, heute saufen Männer und Frauen der bevorzugten Klasse zusammen.

Ach, lieber Leser, wenn du so denkst, bist du in einem bedauerlichen Irrtum befangen.

Nein, nein, diese Kreise halten durchaus auf Distanz!

Herrenabende gibt es heute noch, aber, und das muß uns in unserer Trauer trösten, sie sind veredelt.

Diese wertvolle Wissenschaft verdanken wir dem illustrierten Modenspiegel, der allwöchentlich einem großen Berliner demokratischen Blatt beiliegt und dort auch gewiß am Platze ist, wo man sich täglich ringend bemüht, die soziale Frage zu lösen.

Mode ist halt eben alles, und modern sein heißt die Parole.

In diesem Modenspiegel, der in jeder Nummer wunderbar belebende und beherrende Bilder bringt von den modernsten Mänteln, Kleidern und Kostümen, die alle in so — bescheidener Aufmachung und Ausstattung sind, daß sie nur von den Maitresses der Schieber und Devisenhändler umhängt werden können, in diesem so sozial empfindenden Modenspiegel besingt ein Dichter die Herrenabende von heute.

Und es ist wirklich ein großer und gottbegnadeter Dichter, der liebliche Sehn von Schmod und der leibliche Bruder von Karlchen Mischka.

Also spricht dieser Dichter: „Es ist schon möglich, daß eine Frau und sogar bisweilen ein Mann nicht begreifen kann, daß ein Herrenabend, Männer unter sich, eine beispiellose Ausspannung und ein gesellschaftliches Vergnügen ohnegleiches ist. Trotz aller Besprüche, trotz Würle und Devilen, trotz des Qualms von Zigaretten und Zigarren ist die Atmosphäre im Raum angefüllt mit Ruhe, Behagen

und Freundlichkeit. Es ist ein fester, gerader, unerschütterter, ungeretzter Ton an solchen Abenden. Unmaschiert und gekostet laufen die Biere, und wenn sie bisweilen fürchterlich sind, was macht es aus Zigarettenqualm und Vikore, braune, blaue, grüne, gelbe — dabei werden sie alle gute Menschen. Daß sie nachher zusammen an einem Bartisch sitzen, daß plötzlich da nur Damen willkommen sind, das ist kein Widerspruch.“

... Dabei werden sie alle gute Menschen!

Veredelung durch die Herrenabende!

Wenn man wissen will, was sich zieret, so soll man bei edlen Frauen anfragen, sagt Goethe, und darum geht man nach dem Herrenabend in eine Bar, wo nur Damen willkommen sind, wie der Dichter des Modenspiegels so anmutig und anschaulich schreibt, und plaudert zwanglos, netterlich ganz zwanglos, mit den Bardamen.

Das ist die Veredelung in der Bekleidung.

Und wenn diese prächtigen Herren der Schöpfung, ganz veredelt, die Bar verlassen — um die Polizeistunde kümmern sich natürlich solche Edelgewächse nicht —, dann stehen wohl schon die ersten Frauen auf der Straße und warten, daß die Kollalousten des Margarineadens in die Höhe rattern.

Wer aber wollte unter solchen Umständen an der Veredelung zweifeln! (Wenn sich hier nur nicht, mein Gott, mein Gott, der Seher abermals vergeißt und Veredelung tippt!)

„Hinkemann“.

Tragödie in drei Akten von Ernst Toller.

Im Alten Theater in Leipzig fand auf Wunsch des Arbeiterbildungsinstituts die Aufführung der neuesten Tragödie des immer noch in der bayerischen Festung Niederschönenfeld gefangenen Ernst Toller statt. Sie wurde zu einem außerordentlichen Erfolg — um es gleich vorweg zu sagen. Zu einem Erfolg und zu einer Überraschung sowohl für die, welche dem gefangenen Revolutionär feindlich, wie für die, welche ihm freundlich gegenüberstehen. Eine Heberlösung aber auch für jene, die Tollers literarische Art aus seinen früheren Werken kennen, durch die entscheidende realistische Gestaltung eines Einzelschicksals.

Ein ganz absonderliches Problem wird zum Thema des Stückes. Dem Arbeiter Hinkemann hat im Krieg ein feindsüchtiger Schuß das Gesicht entzissen. Nun bangt er um die Anhänglichkeit — nicht Liebe — seiner Frau. Um sie zu erhalten, ist er zu jeder Demütigung bereit. Er läßt sogar seinen riesigen, aufgeschwemmten Körper von einem Schauabenddichter dazu mißbrauchen, als Sinnbild deutscher Kraft ausgefesselt zu werden, wobei Hinkemann nach Ratten und Mäusen die Kehle zu durchbeißen hat. (Das „Volk“ will Blut sehen.) Doch er wird von der Frau betrogen, er glaubt sich sogar von ihr verraten, sieht sich von allen Gemossen wegen seines Gebrechens verspottet. Im Irrsinn darüber alles Vertrauen in die Menschen zusammen, die Augen gehen ihm auf. Er erkennt, daß er mit seinem Leiden nicht in die harte Welt der Gesunden paßt, daß ihm nichts und niemand helfen kann. So scheidet er freiwillig aus dem Leben.

Dieses Thema des Kasstraten wird in einer Weise behandelt, daß

irgendwie schlüpfrige Gedanken auch nicht im entferntesten aufkommen. Es gibt die Möglichkeit, einen Menschen darzustellen, der unheilbar leidet und dabei nach außen den Anschein des Gesunden erweckt, so daß er in seinem Leid, das er keinem sagen darf, ohne feilsch mißhandelt zu werden, ganz allein, ganz verlassen besteht.

Toller ist ein Autor, der ganz in den Gedankenzügen und Problemen der Arbeiterbewegung steht. Ein Dramatiker des Proletariats. Auch die Tragödie „Hinkemann“ spielt in den Kreisen der Arbeiterschaft. Aber Toller ist kein Dichter irgendeiner Partei. Ohne Brille, ohne Voreingenommenheit zeichnet er lebenswahre Figuren und Typen der Arbeiterbewegung, wie die Erfahrung des wirklichen Lebens sie kennt. Bittere Wahrheiten werden dabei den Arbeitern gesagt. Doch sie werden als Wahrheiten hingenommen, so stark ist die eindringliche, verlebendige Kraft des Dichters. Der leidende, enttäuschte Proletarier Hinkemann wächst weit hinaus über die Grenzen von Partei und Klasse. Der Dichter steigert ihn zu dem leidenden Menschen schlechthin. Und das Schicksal des in Qualen sich windenden Menschen erschüttert den Arbeiter und Bürger in gleichem Maße.

„Hinkemann“ ist die Frucht grübelnder Einsamkeit und bitterer Erkenntnis von 4 Jahren Gefangenschaft. Im Hinkemann wird die Grenze aller Glücksmöglichkeiten durch äußere Einwirkungen aufgezeigt. Und wieder klingt den Arbeitenden in die Ohren: Ihr müßt anders werden, wenn Ihr eine andere Gesellschaft schaffen wollt! Im Innern seid Ihr noch verknappte Bourgeois. Ein Stück voll von tiefem Pessimismus ist diese Tragödie „Hinkemann“, aber doch kein Stück endgültiger Resignation.

In allen seinen Dramen hält Toller der Gesellschaft einen Spiegel vor, in allen klagt er an. Von der einsamen Zelle aus schaut er der modernen Zeit ins Herz, überblickt er ihr Treiben. So zieht er in der Straßenszene einen Querschnitt der Zeitkultur. Er ist verständig. In dieser Szene ringt sich der Expressionismus durch, dessen Stimmführer Toller gewesen, von dem er sich in den „Machensbüchern“ aber schon abgewendet hat. Hier liegt die Schwierigkeit für den Regisseur des Stückes, in dem Nebeneinander von Realismus und Expressionismus, das diesmal ein anderes ist als das regelmäßige Wechseln einer realistischen mit einer visionären Szene in „Rasse Mensch“.

In der Leipziger Aufführung kamen diese Szenen nicht sehr stark heraus. Erschütternd wirkten dagegen alle jene Szenen, die sich auf das Schicksal des leidenden Individuums konzentrieren, in denen man in Hinkemann nichts sieht als die arme gequälte Kreatur jenseits aller Programme und Klassen.

Die Aufführung wurde geleitet vom Direktor des Leipziger Alten Theaters Dr. Alwin Krona ger. Ihm gebührt ein Teil des großen Erfolges. Ausschlaggebend für den Erfolg der Aufführung ist die Darstellung Hinkemanns. Diese Rolle stellt an den Schauspieler die größten Anforderungen. Zu einer befriedigenden Leistung dürfen sich an sie nur die allerersten Kräfte wagen. In W. Engst vom Alten Theater fand sie einen guten, einen packenden Interpret. Die anderen Rollen verschwinden neben Hinkemann. Am Schluß dankte Dr. Alwin Krona ger für den nicht erden wolkenden Beifall an Stelle des Dichters, für den vergänglich ein Urlaubsgeld gemacht worden war, und dem es bis jetzt noch nicht vergönnt war, auch nur eines seiner Stücke auf der Bühne zu sehen.

Walter Harig.

Wie sie heken.

Die Kommunisten und Halenkreuzler nehmen sich seit einiger Zeit ihrer „nationalen“ Aufgabe der Verächtlichmachung der deutschen Regierung vor dem In- und Auslande mit besonderem Eifer an. Der „nationalen“ Kampf hat zum Teil Formen angenommen, daß die Behörden zu Presseverboten greifen mußten. Die Begründung dieser Verbote liefert einen gelreuen Spiegel dieser Verworfenheit und alles verdächtigenden Hege. Wir lassen einige dieser Begründungen im Auszug folgen.

Das „Deutsche Tageblatt“.

In der Begründung des abermaligen Verbots des „Deutschen Tageblattes“ heißt es: „In Nr. 133 des „Deutschen Tageblattes“ vom 21. September 1923 heißt es in dem Vorartikel „Das Ruhrgebiet geht verloren“:

„Herr Stresemann ist an seiner „Liebe“ zur großen „Koalition“, an seinem Eifer mit der Sozialdemokratie, von der er erst das deutsche Volk freizumachen verspricht, zugrunde gegangen. Das Ruhrgebiet wird, wenn nicht im letzten Augenblick noch Abwehrkräfte entstehen, von den eigentlichen Drahtziehern ver- schawert. Christos, Krämereisenshaft und unsagbar gemein! Herr Stresemann, diese „Blüte des parlamentarischen Systems“, wäre damit zur vollen Frucht gereift.“

Diese Ausführungen enthalten eine Beschimpfung und Verleumdung des Herrn Reichskanzlers, indem sie ihm eine christos, krämereisenshafte und unsagbar gemeine Beschädigung des Ruhrgebietes vorwerfen. Da sie ihn ferner als „Blüte des parlamentarischen Systems“ bezeichnen, besteht kein Zweifel, daß sie gleichzeitig eine Herabwürdigung der verfassungsmäßig festgestellten parlamentarischen Staatsform des Reiches bezwecken. Etwas weiter heißt es in dem genannten Artikel:

„Die wahre Katastrophopolitik, die Politik der speichel- leckenden Erfüllung, wird dereinst ihre Richter und — sofern ein Gott im Himmel lebt — auch ihre Rächer finden, und dies vielleicht schneller und auf andere Weise als die heutigen Nachhaber es sich träumen lassen.“

Hierin in Verbindung mit der oben angeführten Stelle liegt, wenn anders das ausdrückliche Hinzuweisen der „Rächer“ zu den „Richtern“ einen Sinn haben soll, die Aufforderung zu einem Angriff auf Leib und Leben (Gewalttätigkeit) des Herrn Reichskanzlers im Sinne des § 7 Ziffer 1 a. D.

Wie es heißt, hat das „Deutsche Tageblatt“ auch noch die Stimm, gegen das Verbot eine Beschwerde einzulegen. Es muß erwartet werden, daß der Gerichtshof diesmal eine bessere Antwort findet als auf die Beschwerde beim ersten Verbot.

„Das Halenkreuz“.

Die illustrierte, von der „Neuen Jahne“ herausgegebene Zeitung „Das Halenkreuz“ wurde vom Berliner Polizeipräsidenten am 18. September auf die Dauer von drei Monaten verboten. Die Zeitschrift hatte durch eine Reihe bildlicher Darstellungen den Anschein zu erwecken versucht, daß Reichspräsident Ebert und die Mitglieder des zur Zeit der Nationalversammlung eingesetzten Kabinetts den „Weg zum Blut“ in der blutigen Niederwerfung der Arbeiterschaft erblickten, über deren Leiden die Regierung kaltblütig hinwegschreitet.

Die „Schlesische Arbeiterzeitung“.

Blutige Niederwerfung der Arbeiterschaft... so heißt es auch in der „Schlesischen Arbeiterzeitung“ wieder, die am 16. September für 14 Tage verboten wurde. Sie stellt in einem Artikel, „Ein neues Blutbad in Oberschlesien“ die bewußt unsinnige Behauptung auf, daß bei den Unruhen in Kattow, Reibe, Kourode und Leuthen das dort geflossene Blut auf die Streifenmann-Hilferding-Regierung komme, die die Schuld an dem Blutvergießen trage.

Die Schlussfolgerung, die die Arbeiterschaft aus denartigen Heft- blättern und verleumdenden Artikeln ziehen soll, ist ebenso ein- deutig wie der Zweck der Übung: man möchte die Arbeiter gar zu gerne wieder einmal zu Dummheiten aufputschen, um auf ihrem Rücken die deutsch-kommunistischen Sondergeschäfte zu betreiben.

Ferdinand Avenarius, der Begründer des „Kunstwarts“ und des „Dürerbundes“, ist 86 Jahre alt, in Kampen auf Selt gestorben. Mit ihm hat Deutschland einen ehrlichen und unermüdlichen Kulturkämpfer und -förderer verloren, der für die Verbreitung guten Geschmacks auf literarischem und künstlerischem Gebiet seit einem Vierteljahrhundert erfolgreich tätig war. Kein Kunst- kenneer im höchsten Sinne und kein Führer und Förderer des Großen und Verdienen in der Kunst, hat er doch auf die intelligenteren bürgerlichen Kreise ausübend gewirkt zu einer Zeit, als die ästhe- tische Kultur in deutschen Landen fast völlig erloschen war. Er hat Tausenden den Sinn für Poesie, Malerei und die schönheitliche Gestaltung des Lebens erschlossen und das Interesse und Verständnis für Schlichte, bodenwüchsige Kunst und deren praktische Pflege ge- weckt und gefördert. Avenarius war ein gedebener Berliner, er hat aber die größte Zeit seines Lebens in Dresden zugebracht, wo er 1887 den „Kunstwart“ schuf und 1903 den „Dürerbund“ gründete.

Drohende Schließung der Wartburg. Wiederum hat die rufende Gestalt der Wartburg, die Stätte höchster deut- scher Geisteskultur, trotz der scheinbar hohen Einnahmen im Sommer in die größte Not gestürzt. Den Führern ist zum 1. Oktober ge- lündigt, da die Mittel fehlen, sie weiter zu besolden. Der junge Verein der „Freunde der Wartburg“, der es sich zur Auf- gabe gemacht hat, die Burg architektonisch und künstlerisch zu er- halten, hat bereits seine freiwilligen Spenden in Höhe von etwa 2 Millionen Mark für die bauliche Verbesserung der Burg und die Erhaltung und Wiederherstellung der berühmten Fresken Karix von Schwinds ausgeben bzw. festgelegt. Seine Mittel sind für dieses Jahr erschöpft. Alle Kulturfreunde des In- und Auslandes, die mithelfen wollen, die Wartburg für die All- gemeinheit zu erhalten, werden aufgerufen schnellstens Spenden an den Verein „Freunde der Wartburg e. V., Eisenach, Rathaus“, Post- checkkonto Erlurt 25 898 einzusenden.

Eheheiraten und Scheidungen in Sowjetrußland. Die vor der Revolution in Rußland nur sehr schwer erreichbare Ehe- scheidung ist von der Sowjetregierung in allen Teilen Ruß- lands, auch in den mohammedanischen Gebieten, durchgeführt worden. Anlässlich einer jetzt geplanten Revision dieser Gesetze warnen die „Asowesija“ vor jeder Konzession an bürgerliche Anschauungen und erinnern rühmend an die erreichte Wichtigkeit der Ehe- scheidung, die sogar der früher ihrem Mann fast leibeseigenen Bauerfrau ein Zukunftsmittel geworden sei.

Zugleich wird in der Sowjetpresse über die Auswahl der Lebens- gefährtin bei den Kommunisten berichtet und mit Bescheiden fest- gestellt, daß viele Kommunisten „parteilose“ Mädchen ge- heiratet haben. Die u. v. von einem Parteigenossen einem Interwiewer gegebene Antwort, er habe seine Frau aus der Parteilosen- gruppe gewählt, um durch ihre Belehrung dem Kommunismus eine neue Sängerin zu gewinnen, wird als „nicht frei von Heuchelei“ bezeichnet.

Tanzabende. Karen Habel tanzt am 27. im Bläser- Saal. — Das russische Konzert der Solowja-Quartett und Nina Kizowa (Charakteristischerin) veranstalten am 29. im Schwaben- Saal einen Ballabend.

Neue „Melod“-Kommerzien-Veranstaltungen finden in der Saison 1923/24 unter Leitung von Fritz Studis im Proletar- Steinsweg-Kammermusikkal. Beginn Mitte Oktober.

Hände weg von unserer SA!

Unmaßende Forderungen der Kampfverbände.

München, 22. September. (Eig. Drahtbericht.) Ludendorff hat in einem Interview bekanntgegeben, daß er ohne Einschränkung auf dem Boden der Kundgebung der Bayerischen Kampfver- bände (d. h. Nationalsozialisten, Reichsflagge, Hakenkreuz und u. a. m.) stehe, und daß er von jeher mit den Zielen dieser Verbände vollständig übereinstimme. Das ist ein klares und eindeutiges politisches Bekenntnis Ludendorffs zum extremen Nationalsozialismus Hitlers, dessen wirre politische Phanta- stische allgemein bekannt ist. Das Interessante ist nur, daß die Luden- dorffschen Kampfverbände unter dem 21. September in einem ul- timatosen Schreiben an den Ministerpräsidenten Knilling offen den Rücktritt des Ministers des Innern Schwegler verlangen. In diesem Schreiben heißt es:

„Nur kurz oder lang werden sowohl unsere Kampf- verbände als die staatliche Polizei, wie überhaupt alle vaterlän- disch Gesinnten genötigt sein, die mittlerweile zu starken militäri- schen Organisationen ausgebauten marxistischen Verbände mit den Waffen in der Hand niederzukämpfen. Wir müssen deshalb von der bayerischen Staatsregierung, vor allem aber vom Minister des Innern, in dessen Hand die Exekutive liegt, verlangen, daß sie sofort und rücksichtslos gegen die marxisti- schen Organisationen vorgeht. Wir möchten aber hierbei auch so- gleich zum Ausdruck bringen, daß die bisherige Einstellung des derzeitigen Innenministers uns keine Gewähr dafür bietet, daß derselbe sich der Gefahr bewußt ist, die durch die Duldung der marxistischen Kampfvorbereitung entsteht, und daß er gewillt ist, die nationalen und vaterländischen Organisationen in dem Kampf gegen den Marxismus zu unterstützen. Wir sehen uns deshalb genötigt, zu erklären, daß wir zu dem derzeitigen Minister des Innern kein Vertrauen haben, und daß wir zum Schutz unserer Angehörigen in Zukunft zur Selbsthilfe greifen werden. Euer Ergeßung bitten wir, diese unsere Auf- fassung im Ministerrat zur Sprache zu bringen. Gleichzeitig bitten wir dem Ministerrat zu Kenntnis bringen zu wollen, daß wir in jeder Weise gewillt sind, Euer Ergeßung in dem schweren Amt in der heutigen Zeit zu unterstützen; daß das aber nur möglich ist, wenn der Inhaber der staatlichen Exekutive unser unbedingtes Vertrauen besitzt und gewillt ist, restlos und vorwurfslos mit der politischen und vaterländischen Bewegung zusammenzuarbeiten.“

Es ist nicht das erstemal, daß die Nationalsozialisten Forderungen an die bayerische Regierung stellen. Allerdings haben sie noch nie eine derart anmaßende Sprache geführt. Man versichert mir, daß Herr v. Knilling nicht daran denkt, die Herrscholsten einer Antwort zu würdigen. Aber es ist nicht zu bezweifeln, daß dieser neue Druck weitgehende Erörterungen im Schoße der maßgebenden politischen Instanzen in Bayern hervorrufen wird.

Wir registrieren die optimistische Auffassung unseres Münchener Berichterstatters über die voraussetzliche Haltung des bayerischen Ministerpräsidenten gegenüber diesem dreifachen Verlangen der Kampfverbände, müssen aber vor einer Ueber- schätzung der Standhaftigkeit des Herrn von Knilling drin- gend warnen. Tatsächlich bestehen seit längerer Zeit ernste Meinungsverschiedenheiten innerhalb des bayerischen Kabi- netts über die Behandlung der Nationalsozialisten, wobei der Innenminister Schwegler immer mehr die Auffassung ver- tritt, daß man die Staatsautorität auch gegen Uebergriffe der äußersten Rechte schützen müsse, während Knilling in dieser Hinsicht viel unzuverlässiger ist. Andererseits ist die Vandalenpolitik im Laufe der Zeit dermaßen halenkreuz- lerisch infiziert worden, daß es keineswegs feststeht, daß sie im Notfall fest in der Hand Schweglers wäre.

Die Nationalsozialisten sind natürlich über den Gegenjah Knilling-Schwegler gut informiert und versuchen planmäßig, ihn zu vertreiben und für ihre Zwecke auszunutzen. Die jüngste Rede Schweglers in Kissingen, in der sich der Innen- minister scharf gegen die Kampfverbände aussprach, die „einen Staat im Staate“ bildeten, wurde vom „Völkischen Beobachter“ scharf angegriffen, der darauf hinweisen konnte, daß Knilling in seiner Rede in Luntzenhausen über die- selben Verbände ganz anders gesprochen hatte. Diese Kissingener Rede ist offenbar der Anlaß zu diesem Schreiben gewesen, in dem zugleich mit der Forderung des Rücktritts Schweglers eine Vertrauensstundegebung für Knilling ent- halten ist.

Durch den Rücktritt Schweglers wollen die Halenkreuzler die Ernennung eines ihnen genehmen Innenministers er- reichen, der sie nicht nur offiziell als „Reichspolizei“ anerkennen, sondern auch und vor allem gegen die Sicherheits- Abteilung der Sozialdemokratischen Partei (S. A.) vorgehen soll. Hitler und Ludendorff wissen nämlich sehr gut, daß ihre Erfolgsaussichten im Falle eines Putzes — besonders in München — seit der Gründung der sozialdemokratischen Sicherheits-Abteilung im Frühjahr d. J. immer geringer geworden sind, zumal letztere seither immer stärker ausgebaut wurde. Daher die Wutausbrüche gegen die „marxistischen Organisationen“.

Es ist Pflicht aller Republikaner Deutschlands, und be- sonders der Reichsregierung, die Entwicklung dieses Kampfes um Schwegler mit der größten Aufmerksamkeit zu verfolgen. Schwegler ist belleibe nicht unser Mann; vielmehr trägt gerade er durch seine allzu lange Duldung der Aera Böhner-Korx ein hohes Maß von Schuld an den anarchischen Zuständen, die sich in Bayern, besonders in der Polizei, ent- wickelt haben. Weil er aber, wann auch spät, verliert, eine Verschlimmerung dieser Zustände aufzuhalten, soll er nun den Halenkreuzern zuliebe geopfert werden. Davor müssen wir entschieden warnen, ebenso aber davor, daß Herr

Schwegler, etwa um seine Stellung zu festigen, sich auf ir- welche Konzessionen in der Frage der sozialdemokratischen Sicherheits-Abteilung einläßt.

Die sozialdemokratischen Sicherheits-Abteilungen sind gegenwärtig in Bayern das einzige Bollwerk der Republik, d. h. der Reichseinheit. Gemäß gibt es auch in der bayerischen Reichswehr durchaus gesunde Ele- mente, sie sollen sogar, wie gute Kenner der dortigen Verhält- nisse versichern, die Mehrheit in der Wehrmacht bilden und die entscheidenden Posten besetzen. Aber es ist unbedingt notwendig, daß sich die verfassungstreuen Elemente in der Reichswehr nicht isoliert fühlen, und sie wären es ja in dem Augenblicke, wo durch ein Vorgehen der bayerischen Regierung gegen unsere Sicherheits-Abteilungen die Bevölke- rung Bayerns restlos den Hillerschen Kampfverbänden aus- geliefert wäre.

Bevor irgendein Schritt gegen die sozialdemokratischen Sicherheits-Abteilungen überhaupt erwoßen wird, muß zu- nächst die bayerische Regierung die Auflösung und die restlose Entwaffnung der Nationalsozia- listen und sonstigen Kampfverbände nicht nur verfügt, sondern auch durchgeführt haben. Dazu wäre sie übrigens nicht nur berechtigt, sondern sogar verpflich- tet auf Grund des Reichsgesetzes zum Schutz der Republik, gegen das die Nationalsozialisten — laut Entscheidung des Staatsgerichtshofs in Leipzig — in jeder Hinsicht verstößen.

Erst dann, wenn nach dieser Richtung hin voll- ständig ausgeräumt ist, wird man daran denken dürfen, die sozialdemokratischen Sicherheits-Abteilungen zu liquidieren. Dann wird aber ein Eingreifen der bayerischen Staatsbehör- den ganz überflüssig sein, denn die sozialdemokratische Kampf- organisation ist als Abwehrinstrument gegen republik- feindliche, gesekwidrige und gemeingefährliche Putzschformation der Rechtsradikalen geschaffen worden, und sie werden sich freiwillig auflösen, wenn die Ursache ihrer Gründung ver- schwunden ist.

Bis dahin ist aber, so wie die Dinge heute in der „Ordnungszelle“ durch die Schuld der dortigen Koalitions- parteien liegen, noch ein sehr weiter Weg. Einstweilen haben die Sicherheits-Abteilungen nicht nur den Anspruch auf die Neutralität der bayerischen Regierung, sondern auch den Anspruch auf Unterstützung durch die Reichs- regierung, falls sich diese Neutralität in Feindschaft um- wandeln sollte.

Darum: Hände weg von unseren bayerischen Sicherheits-Abteilungen! Ihr Kampfspruch lautet: „Keine Gewalt der Willkür! Alle Gewalt dem Recht! Alles Recht dem Volke!“ Ihre Befestigung würde bedeuten: „Alle Gewalt den rechtsradikalen und separatistischen Putzschilfen!“

Herr von Knilling wird morgen in Berlin an der Konferenz der Ministerpräsidenten teilnehmen, die zu den schicksalsschweren außen- und innenpolitischen Ent- scheidungen der nächsten Tage Stellung nehmen soll. Die Frage der Sicherheits-Abteilungen, so wie sie von den un- stützlichen Kampfverbänden aufgeworfen worden ist, ist von eminent politischer Wichtigkeit. Von ihr hängt im hohen Maße die Sicherung der Reichseinheit und der Republik in Bayern ab. Wir erwarten von unseren Genossen in der Reichsregierung, daß sie Herrn von Knilling darüber aufklären werden, daß sie nicht gewillt sind, die treueste Stütze des Reiches und der Republik in Bayern im Stiche zu lassen.

Niesenerversammlung der Münchener Sozialdemokratie

München, 22. September. (TK.) Der Sozialdemo- kratische Verein München hielt gestern im „Jirkus Arone“ eine öffentliche Versammlung ab, die bereits eine Stunde vor Beginn überfüllt war, so daß drei Parateilversammlungen abgehalten werden mußten. (Der Jirkus Arone faßt weit über 1000 Menschen. Red. d. V.) Landtagsabgeordneter Kurr sprach über das Thema: „Kann ein Bürgerkrieg Deutschland retten?“ Er wies darauf hin, daß die nächsten Tage schwerwiegende Ent- scheidungen bringen würden. Die Art, wie den Bayern Kostenennung vom Reich propagiert werde, verursache große Besorgnisse. Unter Bezugnahme auf die jüngsten Vorgänge in Nürnberg, Hof, Neuburg und Rosenheim (Zusammenstöße zwischen Nationalsozialisten und Sozialisten) erklärte der Redner, daß Bayern allmählich aufhöre, ein Rechtsstaat für alle Staats- bürger zu sein. Die Gefährlichkeit der nationalsozialistischen Kampf- verbände könne nur teilweise beseitigt werden, da aus dem über- reichen Material aus außerpolitischen Gründen nur ein Bruchteil bekanntgegeben werden könne. Die große nationale Aufgabe der Arbeiterschaft sei, über den drohenden Zusammenbruch hinweg die nationale Einheit zu retten. Nicht Moskau, nicht schwarz- weiches Traumland, nicht weißblaue Inseln — zur politischen Vertraut muß ernstlich gemacht werden!

München, 22. September. (Eig. Drahtbericht.) Ministerpräsi- dent Knilling begibt sich am Montag nach Berlin, um an der vom Kanzler für Dienstag zusammenberufenen Konferenz der Mi- nisterpräsidenten der deutschen Länder teilzunehmen, die sich mit der Rhein- und Ruhrfrage befassen soll. Die bayerische Regierung hat sich in dieser Frage zwar noch nicht konkret festgelegt, doch ver- lautet offiziell, daß Knilling in außenpolitischen Dingen sich hinter Stresemann stellt in der Voraussetzung, daß die Liqui- dation des Ruhrkonflikts „nicht die Preisgabe der deutschen Ehre“ bedeutet.

Die Krise in Thüringen.

Ultimatum an die Kommunisten.

Weimar, 22. September. (Eigener Drahtbericht.) Die so- zialdemokratische Fraktion des Thüringischen Landtags hat sich inzwischen mit dem Verlauf der Verhandlungen über die Neubildung der Regierung beschäftigt. In der Debatte kam allge- mein die Auffassung zum Ausdruck, daß die Kommunisten ein positives Ergebnis der Verhandlungen ernstlich gar nicht wollen. Es wurde beschlossen, der kommunistischen Fraktion ein Schreiben zu übermitteln, in dem darauf hingewiesen wird, daß die ersten Verhandlungen auf ihr Gesuchen ausgelegt wurden, um zu dem von der Sozialdemokratie vorgelegten Programm Stellung zu nehmen, in der letzten kommunistischen Erklärung aber jede Stellungnahme zu diesem Programm fehlte. Deshalb wird die kommunistische Partei aufgefordert, mitzuteilen, ob sie bereit ist, das Pro- gramm als Verhandlungsgrundlage zu betrachten und in die Re-

gierung einzutreten oder eine Minderheitsregierung zu unterstützen. Für die Beantwortung dieser Fragen ist eine Frist bis Diens- tag, den 25. September, gestellt.

Minderheitsregierung. In ganz Polnisch-Oberschlesien ist trotz vertraglicher Verpflichtung nicht eine deutsche Schule errichtet worden. Die polnische Regierung verlangt die Auslieferung von 15 ukrainischen Abgeordneten wegen staatsfeindlicher Agitation.

Ein Druckschler übler Art hat einen Sokh in dem Leitartikel von Hermann Schüßinger in der gestrigen Abendausgabe des ent- stellt. Da ist die Rede von dem Top des reaktionären blutdürstigen Schuppeloffiziers, der nur noch in den Äpfeln von Deuten spukt, die durch politische Inflation und durch Verulheid und Strebertum überhitzt sind. Der aufmerksame Leser wird schon von selbst gefunden haben, daß es Berufsneid heißen muß. Da aber ein fehlendes „n“ ebenso wie ein fehlendes Komma oft böse Verheerun- gen anrichten kann, stellen wir den Fehler auch noch ausdrücklich richtig.

Gewerkschaftsbewegung

Verwirrungsversuche bei den Beamten.

Erklärung des ADB.

Der geschäftsführende Vorstand des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes hat nach eingehender Erörterung zur augenblicklichen Lage in folgenden Richtlinien Stellung genommen:

Angesichts der katastrophalen Finanzlage hat das Reich die vierteljährliche Vorauszahlung der Beamtengehälter vorübergehend aufgehoben. Der hierdurch bewirkten wirtschaftlichen Verschlechterung der Beamtenstellung konnte der Allgemeine Deutsche Beamtenbund vom gewerkschaftlichen Standpunkt nicht zustimmen. Dem finanziellen Unvermögen des Reichs kann jedoch mit Protesten allein nicht beizukommen werden, deshalb hat der ADB, schon seit jeder das Hauptgewicht seiner Arbeit auf scharfe Heranziehung der Sachverhalte zu den Reichsständen und auf eine rationelle Wirtschaftspolitik gelegt. Wenn die jetzige Reichsregierung endlich den Weg in dieser Richtung zu beschreiten beginnt, so müßte ihr in diesem Bestreben die energichste Unterstützung aller Gewerkschaften zufließen. Der ADB muß es daher, unbeschadet seiner grundsätzlichen Stellung zur Frage des Berufsbeamtenstandes, beurteilen, wenn von gewisser Seite die vorhandenen berechtigten Beunruhigungen der Beamtenstellung durch Ausbreitung falscher Nachrichten künstlich gesteigert werden. Die auf Verlangen der im ADB organisierten Beamtenenschaft jetzt eingeführte viermal im Monat vorgenommene Anpassung der Beamtenbezüge an die Geldentwertung und die dadurch bedingte viermalige Nachzahlung der Gehaltsbeträge hat mit dem „Abbau des Berufsbeamtenstandes“ nichts zu tun. Es ist daher nichts anderes als Demagogie, wenn man die Beamtenenschaft in diesem Zusammenhang mit dem Schlagwort zu verwirren sucht, sie würden wie die Arbeiter „auf Lohnlohn gestellt“.

Der Allgemeine Deutsche Beamtenbund verlangt von der Regierung, daß sie den ungeheuren Preissteigerungen durch rasche und vollkommene Anpassung der Beamtenbezüge und durch sofortige Auszahlung der entsprechenden Beträge mehr als bisher Rechnung trägt.

Auch in der Frage des Beamtenabbaus kann nicht das Heranziehen von Vermittlung, sondern nur die klare und nächste Erkenntnis der Sachlage und festes Zusammenstehen in unbedingter gewerkschaftlicher Disziplin einen Schutz vor drohenden Gefahren bieten. Den Entwurf eines Beamtenabbaugesetzes in der bekanntgewordenen Fassung lehnt der ADB ab. Er verlangt, daß die Sanierung der Staatsfinanzen von der Ausgabeherausnahme her, soweit davon das Personal betroffen wird, nicht einseitig durch Maßnahmen versucht wird, die die höhere Bürokratie zu ihren Gunsten in Vorschlag gebracht hat, sondern daß das ganze Problem mit den gewerkschaftlichen Vertretungen der Beamtenenschaft einer Lösung zugeführt wird, die unter voller Wahrung der verfassungsmäßigen Beamtenrechte den etwa von einer Verminderung des Beamtenkörpers betroffenen ausreichenden Schutz vor den sozialen Folgen des Berufswechsels bietet. Zu diesem Zweck ist vor allem erforderlich, daß endlich durch Verabschiedung eines den Forderungen der Beamtenenschaft entsprechenden Beamtenrätengesetzes die gefühlte Handhabe zur Mitwirkung und zum Schutze der Beamtenenschaft geschaffen wird.

Die Beamtenenschaft, die mit dem Staat lebt und mit ihm untergeht, wird sich jedem Versuch, über ihren Kopf hinweg sogenannte Sanierungsmassnahmen lediglich zu ihren Ungunsten zu treffen, mit allen Mitteln widersetzen.

Belämpfung der privatkapitalistischen Wirtschaftsweise.

Wollen wir ernsthaft die Schäden der heutigen Wirtschaftsweise bekämpfen, den Raubbau, der mit der Kaufkraft des arbeitenden Volkes getrieben wird, die Steuerfabrikation der Unternehmer, so dürfen wir es uns nicht an einer Kritik der heutigen Volkswirtschaft genug sein lassen. Wir müssen uns vielmehr auch denjenigen Wirtschaftsmassnahmen zuwenden, die — heute im privatkapitalistischen Interesse des Unternehmers — im Rahmen des Einzelbetriebes getroffen werden und ihren Ausdruck finden z. B. in der Art der Buchführung, z. B. in der Form der Kalkulation. Zum Kampf gegen das Kapital gehören nicht nur politische Mittel, sondern vor allem auch die Kenntnis vom Aufbau und Wesen der kapitalistischen Einzelunternehmung.

Der neue Lehrplan der freigewerkschaftlichen Betriebsräteschule enthält deshalb folgende betriebs- und privatwirtschaftliche Kurse, die sämtlich in der ersten Oktoberwoche beginnen: Der Betriebsrat und die arbeitspolitische Haltung der Unternehmer. Der Betrieb als des Tätigkeitsfeldes des Betriebsrates. Die Arbeitsorganisation im industriellen Betrieb. Buchhaltung und Bilanz. Selbstkostenermittlung und Betriebskalkulation.

Hörerkarten (zum Preise von 600 000 M., für Kurzarbeiter zum halben Preise, für Arbeitslose unentgeltlich) und Lehrpläne werden in den Ortsvereinigungen der Gewerkschaften und im Bureau der Schule (Engelstr. 24/25, 2. Hof I) ausgegeben. Dort finden auch Montags- und Freitags von 4 bis 7 Uhr Lehrberatungs-Sprechstunden statt.

Freigewerkschaftliche Betriebsräteschule.

Die Lohnlücke als antijewitiches Propagandamittel.

Die Firma Brüder Bone, Berlin N. 37, hat die Rückseite ihrer Lohnlücken mit folgendem Text versehen lassen:

Ob ach auf Feuer und Licht, eine zerstörte Werkstatt kann Dir keinen Lohn und Brot geben.

Arbeiter, werdet keine Judenbedienten!

Ob die Firma einer Unternehmerorganisation angehört, der auch jüdische Geschäftsinhaber angehören, ist uns nicht bekannt. Sie stellt Oesen und Schmiedehämmer her und hat ihren Betrieb in der Schönhauser Allee. Ob sie ihren Arbeitern günstigere Arbeitsbedingungen einräumt, als es jüdische Unternehmer tun, damit die Arbeiter „keine Judenbedienten“ werden, können wir auch nicht verraten. Wir müssen jedoch jede derartige Lohnlückenagitation als unzulässig zurückweisen.

Angestellte der chemischen Industrie.

Die Tarifverhandlungen sind gescheitert. Am 20. September waren Tarifverhandlungen mit dem Arbeitgeberverband der chemischen Industrie, Sektion Ia. Die Forderung der Angestelltenorganisation, Grundgehälter festzusetzen und darauf aufbauend wertbeständige Gehälter zu gewähren, beantworteten die Arbeitgeber mit einem Hinweis auf technische Unmöglichkeit. Wirtschaftlich seien sie nicht in der Lage, volle Bezüge zu zahlen. Sie schlugen vor, für die zweite Septemberdekade das 115fache Zulagehalt auszusuchen. Das ist von den Arbeitnehmervertretern abgelehnt und der Schlichtungsausschuss Groß-Berlin angerufen worden. Die Arbeitgeber forderten durch Rundschreiben ihre Mitglieder auf, außer den für die zweite Dekade bereits gezahlten 50 Zulagehälften weitere 50 Zulagehälften auszusuchen.

Eine öffentliche Versammlung am Mittwoch in den Sophien-Sälen, Sophienstr. 17/18, wird sich mit der Angelegenheit befassen.

Aus der heimischen Industrie.

Die am Freitag für die Zeit vom 19. bis 25. September geführten Lohnverhandlungen in der Chemischen Industrie Groß-Berlins sind gescheitert. Die Arbeitgeber lehnten die geforderte Lohnsteigerung ab. Die Verhandlungsvorläufer sollen in nächster Woche fortgesetzt werden. Ueber die Abzweigungen wurde die Vereinbarung getroffen, daß am Montag resp. Dienstag an Vollarbeiter 320 Millionen, an Arbeiterinnen und Jugendliche über 17 Jahre 240 Millionen, an Jugendliche unter 17 Jahren 160 Millionen Mark gezahlt werden.

Schmuckkonkurrenz in der Landschaftsgärtnerei.

Die Berliner Ortsverwaltung des Verbandes der Gärtner und Gärtnereiarbeiter schreibt uns:

Bei den letzten Verhandlungen wurde von den Arbeitgebern lebhaft Klage darüber geführt, daß die Schmuckkonkurrenz sich in den letzten Wochen stark bemerkbar macht. Als besonders trasses Beispiel wurde folgender Fall angeführt: Der Unternehmer Brandenburg habe bei der Ausführung einer größeren Gartenanlage in Lichterfelde, Drakestr. 24, fast ausschließlich Strafgefangene beschäftigt. Dieselben haben täglich als Entgelt 100 000 M. und einige Zigaretten erhalten. — Es bedarf keines Beweises, daß dies in Anbetracht der großen Arbeitslosigkeit geradezu ein Skandal ist.

Außerdem wurde darauf hingewiesen, daß Arbeitnehmer aus staatlichen und städtischen Betrieben nach Feierabend selbständige Arbeiten übernehmen. Dies soll besonders in Charlottenburg und Umgebung in die Erscheinung treten. Die Beschäftigten des Sachsenparks einschließlich des Obergärtners wurden hierbei besonders genannt. In den zuletzt angeführten Fällen muß es Aufgabe der gewerkschaftlichen Organisationen und der Betriebsräte sein, nach dem Rechte zu sehen. Es kann unter keinen Umständen gutgehen werden, wenn auf diese Weise den Arbeitlosen die Arbeitsmöglichkeiten entzogen werden.

Der Ausschuss der Berliner Gewerkschaftskommission hat in Verbindung mit dem Ortsrat des ADB-Bundes zu Dienstag abend 6 1/2 Uhr eine gemeinsame Plenarversammlung (Saal 4 des Gewerkschaftsbundes) einberufen. Ein Mitglied der Gewerkschaftskommission und des Vorstandes des ADB werden um pünktliches Erscheinen gebeten und müssen Einladung und Delegiertenkarte als Legitimation mitbringen.

Gehälter für kaufmännische Angestellte. Im Zeitungs-gewerbe werden am Dienstag vier weitere Augustgehälter akonto September gezahlt. Keine Textilindustrie: für die Woche vom 15. bis 21. September 102,2 Zulagehälften, abzüglich der bisher geleisteten Zahlungen. Am Donnerstag wird die Hälfte des Gehalts der Woche gezahlt unter Aufrundung auf volle 10 000 M. Lederverwirtschaftung: vom 1. bis 14. September fünf Augustgehälter, ferner zwei Augustgehälter als Vorauszahlung. Im Textilgroßhandel, Samt- und Seidenhandel, Baumwoll-, Leinen- und Kleiderstoffhandel spätestens am 24. September drei Augustgehälter. Der Schlichtungsausschuss lehnte es ab, einen Schlichtungsanspruch zu stellen, da die Arbeitgeber zu Verhandlungen bereit seien. Weitere Mitteilung erfolgt. Wagen- und Karosseriebau: Gehaltserhöhung für die Woche vom 16. bis 22. September um 185 Proz. gegen die Vormoche. Jeden Dienstag wird das halbe Gehalt der Vormoche gezahlt. — Näheres und Tarife beim 302.

In der Chirurgie-Mechanik konnten die Lohnverhandlungen für die Woche vom 17. bis 22. September noch nicht zu Ende geführt werden. Es wurde daher folgende Vereinbarung getroffen: Sämtliche Arbeiter über 21 Jahre erhalten in der Woche vom 17. bis 22. September pro Tag 55 Millionen, Arbeiter von 18 bis 21 Jahren und Arbeiterinnen über 18 Jahre 42 Millionen, jugendliche Arbeiterinnen und Arbeiter von 16 bis 18 Jahren 21 Millionen, jugendliche Arbeiterinnen und Arbeiter von 14 bis 16 Jahren 14 Millionen Vorschuß.

Die Löhne der Berliner Landschaftsgärtner betragen für die Zeit vom 22. bis 26. September für Gärtner im ersten Jahr der Brandentätigkeit bis zu 20 Jahren 13,55 Millionen pro Stunde, über 20 Jahre 14,4 Millionen; nach einjähriger Tätigkeit 14,4 bzw. 15,15 Millionen; für Obergärtner und Anlageleiter 15,5 Millionen; für Arbeiter 13,8 bzw. 15,3 Millionen, für Frauen 9,250 Millionen. Bandzulage pro Tag 45,7 Millionen Mark.

Für Vollere beträgt der Mindestlohn vom 15. bis 21. September 740 615 000 M. Wo vorher ein höherer Lohn als der Mindestlohn gezahlt wurde, erhöht sich derselbe um 328,1 Proz. Der Mindestlohn für Schachmeister beträgt 737 680 000 M.

Die Löhne der Zimmererlehrlinge sind im gefirzten Morgenblatt des „Vorwärts“ verkehrtlich in tausend anstatt in hundert Mark angegeben. Sie bewegen sich in Gruppe A zwischen 1 300 600 und 6 952 800 M., in Gruppe B zwischen 2 085 800 und 7 648 000 M.

Lohnsteigerung in der Zigarettenherstellung. Die bis zum 15. September geltenden Löhne erhöhen sich für die Woche vom 16. bis 22. September um 182 Proz. Umgerechnet auf die Mai-Juni-Löhne 1922 betragen die Leuzerzusulagen für: Akkordarbeiter 49 349 900 Proz., gleich das 493 500fache, Zeitlöhne und Stumpfen 44 555 900 Proz., gleich das 445 600fache. Der niedrigste Verbandbeitrag beträgt für die Woche vom 16. bis 22. September 1 Million Mark ohne Lotauszuschlag.

Die Demonstration der Hamburger Gewerkschaften, die gestern in einer allgemeinen Arbeitsruhe in der Zeit von 11 bis 12 Uhr vormittags vor sich ging, ist ruhig verlaufen. In den Betrieben wurde während der Streikzeit nicht gearbeitet. Straßen- und Hochbahn fuhrten nicht, zum Teil ruhie auch der Postbetrieb. Der Verkehr im Hafen war vollkommen stillgelegt. In der inneren Stadt hatten eine Reihe größerer Geschäftshäuser, wie Tieg, Karstadt und die bedeutendsten Läden geschlossen.

Edo Jimmen soll nach einer Meldung der kommunistischen Pariser Wochenzeitschrift „La Vie Ouvrière“ in der letzten Sitzung des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Amsterdam seines Postens als Generalsekretär entzogen worden sein. Diese Nachricht werde in Kürze offiziell bestätigt werden.

Hierzu sei bemerkt, daß das Bureau des IGB keinen Generalsekretär hat, sondern drei gleichgestellte Sekretäre, und zwar außer Jimmen die Genossen Dudgeest und Sassenbach. Edo Jimmen ist Generalsekretär der Internationalen Transportarbeiter-Föderation. In dieser Eigenschaft hat Jimmen auf der Berliner Konferenz der IGB Beschlüsse mit herbeigeführt bezüglich gemeinsamer Aktionen mit der Moskauer Internationale. Das Bureau des IGB hat in seiner Sitzung vom 22. und 23. Juni dazu Stellung angenommen und jede Verantwortung für die Beschlüsse der Berliner IGB-Konferenz abgelehnt. Sobald eine Bestätigung der Pariser Meldung vorliegt, kommen wir auf die Angelegenheit zurück.

Die Privatbahnen könnten die Arbeitslosigkeit vermindern — sie tun es aber nicht! Die englische Arbeiterschaft steht vor einem katastrophalen Winter. Zwei Millionen werden voraussichtlich arbeitslos sein. Die Poststandsarbeiten des Staates und der Gemeinden, wofür diese 23 Millionen Pfund ausgezahlt haben, dürften höchstens 300 000 Arbeitern Beschäftigung geben. Die Eisenbahnen können hier einspringen und durch Vergabung von Bestellungen, Elektrifizierung, Ausbau neuer Linien, Reparaturen usw. die Ar-

beitslosigkeit in großem Maße lindern. Seit der Aufhebung der Staatskontrolle machen sie riesige Profite und verfügen über große Reserven (130 Millionen Pfund). Sie wollen aber von neuen Bestellungen nichts wissen, da sie auf ein weiteres Sinken der Preise spekulieren. Das ist der „Segen“ der privaten Verstaatlichung der Eisenbahnen.

Auswanderung als Heilmittel gegen die Arbeitslosigkeit. Die Arbeitslosigkeit ist in England zu einer dauernden Erscheinung geworden. Kleine Heilmittel werden zu ihrer Vinderung versucht, die aber nicht ausreichen. Nun greift der Staat zum angeblich wirksamsten Mittel: die überzähligen Arbeiter sollen in die Kolonien auswandern. Im Jahre 1922 stand bereits die Auswanderung aus England unter sämtlichen europäischen Staaten an erster Stelle. Der Staat bezahlt die Reisekosten der Auswanderer. Die Auswanderung richtet sich in erster Linie nach Australien. Nun wird aber die Frage einer zwangsweisen Auswanderung erwogen, derzufolge Arbeiter durch ein Gesetz zum Verlassen ihres Landes gezwungen werden können. Der Plan begegnet beständigem Widerpruch. Die Industriellen, besonders in der Maschinenindustrie, befürchten den Verlust an geschulten Arbeitskräften, die an der Auswanderung in erster Linie beteiligt sind. Schon der Gedanke, daß im „Lande der Freiheit“ Arbeiter zum Verlassen ihrer Heimat gezwungen werden sollen, ist ein charakteristisches Zeichen für den Wandel der Zeit.

Die Arbeitslöhne in Schweden weisen eine gewisse Stabilisierung auf. Die großen auskinderlegenden Lohnverhandlungen, die nach dem Ausbruch der Krise im Jahre 1921, besonders 1922 erfolgten und in den meisten Industriezweigen insgesamt 30 bis 40 Proz. in einigen (Zuckerindustrie, Papierfabrikation, Schifffahrt, Seileute) 50 Proz. und mehr betragen haben, haben nunmehr aufgehört. Nur in einigen Industriezweigen (Erzeugung der Holzmasse, Säbholzfabrikation, Dockarbeiter) haben auch im Jahre 1923 Lohnverhandlungen stattgefunden, betragen aber nur 4 bis 6 Prozent des vorjährigen Lohnes. Die Stabilität des Arbeitsmarktes tritt auch darin in Erscheinung, daß viele Tarifverträge auf beträchtliche Frist verlängert worden sind. Die meisten Tarifverträge gelten bis Ende 1923, in einigen wichtigen Gewerbebezügen (Holzmasse, Baugewerbe) sogar bis Ende 1924.

Arbeitslosigkeit in Südafrika. Dreihunderttausend weiße Arbeiter in Südafrika sind arbeitslos; die billige Kulturarbeit der Farbigen hat sie brotlos gemacht. Dies war die Folge des im vorigen Jahre blutig niedergeworbenen Generalstreiks. Damals gelang es dem durch die Luftbomben unterführten Kapital sich die unbeschränkte Negearbeit zu Hungerlöhnen zu sichern. Die vom Staat vergebenen Auftragsarbeiten werden zu Bedingungen ausgeführt, die der Sklavenarbeit ähnlich sehen und die von ihnen „Brotkrumen“ zu Hungerlöhnen verteilen.

Der Streik der New Yorker Zeitungsetzer ist noch nicht beendet. Die Streikenden geben eine eigene Zeitung heraus, nachdem auch die Verleger gemeinsam ein schiefes Blatt ohne Verleger herausgegeben. — Nach einer Ill.-Meldung hat der amerikanische Zeitungsetzerverband 1000 Mitglieder ausgeschlossen, weil sie während schwelender Verhandlungen die Arbeit niederlegten.

Betriebsräte!

Auf Befehl des Volksrates und der Verhandlungskommission sollen die Gewerkschaftskommissionen für sämtliche Industriezweige am 24. September bis 28. September aus. Wie bitten die Kollegen, die Betriebsräte darauf aufmerksam zu machen, daß niemand unangemessen sein darf, wer sich der Vollmacht des VRSB.

Wichtig, VRSB-Verbandsrat! Morgen, Montag, nachmittags 1 1/2 Uhr, im Hotel von Lorenz, Reichstr. 37, Konferenz sämtlicher VRSB-Funktionäre. Pünktliches Erscheinen aller Genossen erforderlich. Parteilosigkeit ist geboten. Der Parteivorstand.

Wichtig, VRSB-Verbandsrat! Morgen, Montag, 1 1/2 Uhr, bei Richter, Engelstr. 24, wichtige Besprechung aller VRSB-Genossen. Parteilosigkeit ist geboten.

Wichtig, VRSB-Verbandsrat! Sitzung Montag vorm. 10 Uhr pünktlich im Zimmer 5 des Zentralverbandes der Angestellten, Belle-Alliance-Str. 7-10.

Wichtig, VRSB-Verbandsrat! Die Ausschaltung eines Betriebsrates findet nicht Montag, sondern Dienstag während der Arbeitszeit statt. — Der Betriebsrat.

Wichtig, VRSB-Verbandsrat! Die Arbeiter der Deutschen Werke AG, Gef., Werk Spandau, Maschinenfabrik, aller Gewerke werden gebeten, am Montag zur Arbeit zu erscheinen. — Der Betriebsrat.

Wichtig, VRSB-Verbandsrat! Für die Bezirke I, II und III, Kochen und Schindler Bezirke morgen, Montag, nachmittags 1 1/2 Uhr bei Richter, Vorsteiner Str. 114, Verammlung der VRSB-Funktionäre und Jugendlöhne aller Bezirke. Die Jugendkommission. — **Wichtig, VRSB-Verbandsrat!** Besprechung Montag abend 7 Uhr im Goshien-Saal, Weinmeister, 13, Regimentsstr. Die wichtige Beschlüsse gefaßt werden, muß jeder Betrieb vertreten sein. — Die Brandentätigkeit.

Wichtig, VRSB-Verbandsrat! Morgen, Montag, 1 1/2 Uhr, bei Richter, Engelstr. 24, Sitzung des erweiterten Betriebsrates.

Wichtig, VRSB-Verbandsrat! Montag abend 10 Uhr Verammlung in den Mustertischen, Kaiser-Wilhelm-Str. 31. „Die Situation in der Metallindustrie.“

Wichtig, VRSB-Verbandsrat! Alle Funktionäre und Betriebsräte des Verbandes haben die Pflicht, dafür zu sorgen, daß alle Leetlinge in die am Mittwoch abend 6 1/2 Uhr bei Richter, Reichstr. 37, stattfindende 2 1/2 stündige Versammlung kommen. — Der Vorstand.

Wichtig, VRSB-Verbandsrat! Montag, Montag, 1 1/2 Uhr, bei Richter, Engelstr. 24, Sitzung des erweiterten Betriebsrates.

Wichtig, VRSB-Verbandsrat! Montag, Montag, 1 1/2 Uhr, bei Richter, Engelstr. 24, Sitzung des erweiterten Betriebsrates.

UNITED STATES LINES

Amerikanische Regierungsdampfer
NACH NEW YORK
von Southampton — Charbourg
LEVIATHAN
8. und 30. Oktober, 20. November, 15. Dezember
Von BREMEN über Southampton und Charbourg nach NEW YORK
GEORGE WASHINGTON

24. Oktober	26. September	29. Dezember
America	President Roosevelt	31. Oktober
President Roosevelt	3. Oktober	7. November
President Filmore	4. Oktober	21. November
President Harding	10. Oktober	14. November
President Arthur	19. Oktober	22. Dezember

Abfahrt von Southampton und Gherbourg 1 Tag später
Alles Näheres durch untenstehende Adressen
Vorteilhafte Galgonghelt für Güterbeförderung

UNITED STATES LINES
Berlin W 8, Unter den Linden 1 NW 40, Invalidenstr. 93
Berlin W 9, Budapest Str. 3 W 8, Unter den Linden 22
General-Vertreter: Norddeutscher Lloyd, Bremen

Weinbrand **Winkelhausen** Alle Reserve

Die Nervenkatastrophe.

Bedeutliche Auswirkungen der körperlichen Verleumdung.

Die in fortwährendem Maße sich steigenden Entbehrungen, die ständigen Dosen Surrogate und Ersatzmittel zermürben die Körper derer, die nicht durch das Vorrecht der Geburt oder die Resultate strapaziöser Egoismus im Gelde oder in Naturalien schwimmend ihren Leib hegen und pflegen konnten: also das Proletariat und den dürftigen Mittelstand. Die Folgen sind nun deutlich erkennbar, das Sammelwort Unterernährung drückt sie aus. Zu diesem Ruin der Körper gesellt sich nun seit längerer Zeit in stärkerem Maße ein neuer: der der Nerven! Sie waren noch widerstandsfähiger als die Körper; aber das grauenvolle Erleben der Verleumdung, die sich Hals über Kopf überstürzenden Ereignisse, das Wissen um die eigene Wirkungslosigkeit und der Kontrast überall mit Schiebern und Bräutigams und Vollspünderern, die unendliche Preisschraube, der Dollar, Uebervorteilungen, Wucher, alles das brachte es doch zumeist, allmählich auch die stärksten Nerven an den Rand des Zusammenbruchs zu bringen.

Krach — aus kleinstem Anlaß.

Bei den täglichen Gängen durch die Stadt und ihre Straßen begegnet man stets diesen Nervenkranken. Irgendwo ein Auf- und Ab; geht man hin, horcht man, so erfährt man meist — einen geringfügigen Anlaß. Er genügt, um die Nerven zum Explodieren zu bringen. Hier hat einer in der Hast einen anderen etwas unfaßlich angefaßt, dort prallte einer leicht mit einem Radler zusammen, da ist es ein politisch Anderdenkender — der Anwalt ist da, die Nerven prallen aufeinander los und bald folgen die Kräfte. Und warum? Der eine dachte vielleicht gerade im Vorbeigehen an die teure Margarine und seine blanke Kaffe, an das Loch in seinem rechten Schuh und den neuen Schuhpreis, monologisierte vor sich hin: „Sein oder Nichtsein, das ist hier die Frage!“ Sein Blick war vielleicht gerade beim neuesten Dollarstand angelangt, sollte vielleicht für eine zerbrochene Kaffeekanne, eben im Geschäft fünf Goldmark gleich 200 Papiermillionen bleichen (die er natürlich nicht beachtete) und frönte sich gerade, an was er denn nun seine Kaffeefahrtbrühe gießen soll, als die beiden sich per Zufall anstießen. Die Nerven waren geladen — der Stoß genügte, sie explodierten. Man stellte sich nur einmal in einer Polonaise mit an, etwa vor einem Festladen; man kann da spezielle Worte hören und lustige Dinge erleben. Wehe dem armen Wurm, das sich vorstellte; wehe dem Grünen, der seine Dienstvorschrift an der falschen Stelle anwandte! Oder am Schalter: der Beamte hinter dem Fenster verzweifelt, die Schlange vor dem Schalter windet sich und brüllt, schon hagelt es Beamtenbelästigungen, schon persönliche Gemeinheiten, schon ist der Grüne gerufen, schon gibt es Freistellungen, die Nerven locken, jeder schwört einen anderen Kleinen und die Augen könnten töten, wenn sie nur könnten! Und alles nur — weil vorne einer eine Willen in Zwanzigtausendmark Scheinen zählte, die der Beamte auf Grund seiner Dienstvorschrift brot nachzählt, die Schlange auf Grund der allgemeinen Ver-kehrs-Ordnung also so lange warten muß. So ist es überall.

Jeder schimpft über jeden.

Steht man morgens auf, kommt schon dies und kommt das! Die Kaffeekanne sämest nicht; die Frau erwidert; die Debatte schiebt ein Krach. Vielleicht kommt irgendjemand der Gasman an und will Geld haben; er kann etwas erzählen. In den meisten Fällen geht es noch mit einer wüsten Schimpferei auf die Regierung, den Magistrat, die Schieber, die Kanakken, den Gasman mit einbezogen; es gibt aber auch Fälle, wo man den Gasman handgreiflich vor die Tür setzt; ja man erzählt einen Fall, wo einer in effraischer Rage den Gasman einfach mit vorgehaltener Revolver zum Verlassen der Wohnung (mit unbegleiteter Rechnung natürlich) veranlaßte. Der Schuß würde nie losgehen, aber die Nerven. Dann geht er zur Arbeit, den Kopf voller Gedanken, Sorgen, Zahlen, Nullen; die Elektrische kommt nicht, die Zeitung schiebt wieder einmal „Quatsch“, ein Droschkengaul fiel, alles genügt, um Gruppen zu bilden, Kravall zu machen! In der Elektrischen bekommt der Kontrolleur etwas davon ab, wenn er etwas stört, und langsam ebbt die Nerven wieder ab, bis wieder Kräftezeit kommt. Die Frau besorgt inzwischen Einkäufe. Die Kaufleute stehen alle in dem Ruf, Wucherer zu sein. Also ist man in diesem Sinne gewappnet! „Was? In vierundzwanzig Stunden ist die Margarine um so viel teurer geworden...?“ Das Wortchen „Wucher“ knallt der Kaufmann verrietet den Boden, die anderen Käufer protestieren, es gibt wieder Parteien — es ist ein

herrliches Ding um die Parteien! Und der Krach ist schon wieder da. Man sehe und höre sich den Betrieb auf einem Wochenmarkt an. Immer spielt sich irgendwo da etwas ab. Jeder ist des anderen Sündenbock und Bräutigand. Im großen Warenhaus zum Beispiel: das Fräulein ist nicht da, man ruft, man ruft noch einmal (das arme Mädel hat schon zu bedienen!), nun schreit der Kunde, schlägt über, lacht die Beschwerdestelle und schimpft los, fordert Entlassung usw. Dann gehts nach Hause. Da fehlt das, da fehlt jenes. Zum Beispiel: Es sind keine Kartoffeln da. Der Mann will Kartoffeln. Die Frau läuft wieder herum, sie kriegt keine, dafür aber die But; die entläßt sich dann im Gemütseller. Kommt der Mann zum Essen, macht er ein schiefes Gesicht; die Frau ist darüber empört; sie zittert; der Mann auch; jetzt schon beide; und nun fliegen Worte, knallt eine Faust auf den Tisch. Das Kind hört dabei; schon hat es eine herunter. Es ist ein Zeichen unserer Zeit, daß gerade die armen Kinder oft heftig für nichts und wieder nichts verprügelt werden. Man erlebt es oft mit Empörung auf der Straße, beim Ansehen, in Nachbarhäusern. Beim geringsten Anlaß, wo die Nerven durchgehen, bekommen die Kleinen, die doch für nichts etwas können, ihre Haare weg. Das ist eine ebenso tragische Folgeerscheinung wie der übliche Familienkrach.

Die Wohnungsfrage erlädigt allein viele Nerven; es sind die Nachbarn, die zankflüchtig sind, die Untermieter, die anmaßend sind, die Mieter, die auf den Teppich spucken. Was man sich nicht gefallen läßt, worauf der oder „man“ sich das verbittet.

Massensuggestion.

Aber nicht nur im Leben des einzelnen, überhaupt im öffentlichen Leben macht sich der allgemeine Nervenzustand bemerkbar. Aus ihm entstehen die Kravalle, viele wilden Streiks, unüberlegte Demonstrationen; aus ihm lassen sich Hamleten und Warenzurückhaltung, Schleichhandel und zu einem guten Teil auch der Marktsurz herleiten; aus ihm werden die wilden Gerüchte, die Angstschreie hervorgerufen, daraus Warenknappheit, Teuerung und Haufe. Die Ereignisse überstürzen sich; der Dollarstand von oben ist nicht mehr der von jetzt. Nun taucht irgendwo ein Gerücht auf; man ist leichtgläubig, weil die Ereignisse blaffen, nimmt das Gerücht für wahr, verbreitet es, handelt danach und — nun, deshalb wird das Gerücht zur Tatsache. Die immer im Reizzustand befindlichen Nerven sind den banalsten Einflüssen zugänglich, immer misstrauisch, wittern überall einen Krach, überall den Kladderatsch — oft ist der Wunsch der Vater des Gedankens — und wird nun irgendwo einmal etwas Bizarres ausgeführt, ist es gleich elementares Ereignis, Vorzeichen des Sturms, die schwarze Gemitterwolke am politischen Horizont. Und die Nerven gehen durch und die Berrücktheit des einen wirkt epidemisch: Massensuggestion ist an der Tagesordnung. Die allgemeine Aufregung tut ihr übriges hinzu. Wie war so leicht die Volksseele ins Kochen zu bringen, wie heute! Werken wir einen Bild in die Parlamentsstagen, und wir finden es so geortet: aus Mäuden werden dort Elefanten, aus Hühlichkeit geballte Häufe, aus fliegenden Phrasen fliegende Tintenläufer und ähnliche Ergöhllichkeiten; jeder verleiht den anderen als Lumpen und Kanakke, traut ihm alles Schlechte zu und wittert überall Unrat.

Der allgemeine Nervenzustand ist bedrohlich und fördert Behältnisse, die auch die wirtschaftliche Befundung sehr erschweren. Es ist die Misere des von Nullen überfüllten Wozes, die zum Himmel schreit. Hand in Hand mit dem Zustandekommen normaler Verhältnisse muß aber auch das Bestreben des einzelnen gehen, sein tägliches Verhalten sich selbst und anderen gegenüber einer strengen Kritik zu unterziehen. Die Zeiten fordern Ruhe und Besonnenheit. Wir sind verloren, wenn wir uns selbst verlieren.

Eine Staats- und sozialwissenschaftliche Studienbibliothek ist seit kurzem im Lesesaal der Charlottenburger Stadtbücherei, Wilmersdorfer Straße 166/167, aufgestellt. Die Bibliothek ist dazu bestimmt, die der Handbibliothek des Lesesaals angehörende staatswissenschaftliche Abteilung zu ergänzen und sozialwissenschaftlich interessierten Lesern kostenlose Gelegenheit zum Studium und zur Weiterbildung auf diesem wichtigen Gebiete zu vermitteln. Der Lesesaal ist geöffnet werktäglich (vom 1. Oktober ab auch Sonntags) von 8 bis 2 und 4 bis 9 Uhr. Auskunft über die Ausstattung und Benutzung der Studienbibliothek wird von dem Aufsichtsbeamten erteilt.

Die neue Woche.

Markenbrot: 7, Milch: 7,6, Gas: 8,5, Strom: 17, Hochbahn: 2 und 3, Straßenbahn: 3 Millionen.

Wir kettern jetzt rüstig weiter auf der Millionenleiter. Die kommende Woche bringt wieder ganz erhebliche Preiserhöhungen. Die so erfreuliche Preisenkung auf dem Kohlenmarkt, die infolge des Dollarrückganges eintrat, dürfte nicht von solcher Dauer sein, daß die Verbraucher daraus einen Nutzen ziehen können. Der steigende Dollarkurs wird in kürzester Frist wieder eine neue Kohlenpreiserhöhung mit sich bringen, was sich jetzt schon in der außerordentlichen Erhöhung der Werttarife ankündigt. So wird die Heizgaszahl, mit der der Festpreis von 10 Pf. für ein Kubikmeter Gas zu multiplizieren ist, für die Woche vom 23. bis 29. September auf 85 Millionen ansteigt. Hiernach haben alle Gasabnehmer, bei denen in der Zeit vom 23. bis einschließlich 29. September 1923 der Gasverbrauch festgestellt wird, für das seit der Standaufnahme in der ersten Hälfte des Septembers verbrauchte Gas 85 Millionen Mark für das Kubikmeter Gas zu zahlen. Elektrizitätsabnehmer, bei denen eine Standaufnahme in der Zeit vom 23. bis 29. September vorgenommen wird, haben für den seit der letzten Rechnungslegung festgestellten Verbrauch 17 Millionen Mark für eine Kilowattstunde zu zahlen. — Auch der Brennpreis erhöht sich wieder, wie bereits angekündigt. Markenbrot wird 7 Millionen kosten und ab 21. September betragen die Preise für Vollmilch 7 600 000 M., für Magermilch 3 000 000 M. Die A-Milchkarten werden mit 1/4 Liter, die B-Milchkarten sowie die Karten für werdende Mütter (C-Karten) mit je 1/2 Liter Vollmilch beliefert.

Damit in diesem lieblichen Reigen auch niemand fehlt, kommt auch wieder die Hoch- und Untergrundbahn, wie alle drei Tage, mit einer neuen Tarifserhöhung. Sie teilt mit, daß sie wegen weiterer starker Lohnerhöhungen eine entsprechende Tarifserhöhung vornehmen muß und vom Dienstag, den 25. d. M., ab folgende Fahrpreise erheben wird: 3. Klasse 2 000 000 und 3 000 000 M., 2. Klasse 3 000 000 und 4 000 000 M., 1. Klasse 4 000 000 und 5 000 000 M. Wochenkarten zu 12 Fahrten für die ganze Strecke kosten 3. Klasse 25 000 000 M., 2. Klasse 35 000 000 M.

Im Berliner Stadt-, Ring- und Vorortverkehr beträgt vom 25. September ab der Preis für die Fahrkarte 3. Klasse in der ersten Stufe 3 Millionen Mark; für die Fahrkarte 2. Klasse der ersten Stufe 4 1/2 Millionen Mark. Die Steigerung für jede weitere Stufe beträgt in der 3. Klasse eine Million, in der 2. Klasse 1 1/2 Millionen Mark.

Dollarstand und Lebensmittelpreise.

Anlässlich der jüngsten Sentung des Dollarkurses bringt der Präsident des Preussischen Landespolizeiamts durch den Amtlichen Preussischen Presseblatt sämtlichen Polizeiverwaltungen Preussens noch einmal dringlich seine Rundverfügung vom 17. Februar d. J. in Erinnerung, in der es u. a. hieß: „Der Präsident des Landespolizeiamts stellt mit Bestimmtheit fest, daß, obwohl seinerzeit das Steigen des Dollarkurses keine sofortige Rückwirkung auf fast alle Warenpreise gefunden hat, namentlich die in der letzten Woche erfolgte Sentung des Dollarkurses in den Warenpreisen fast nirgends zum Ausdruck gekommen ist. Im Gegenteil stellen sich gerade jetzt die Preise einer ganzen Reihe von Inlandsprodukten höher als Waren, die entweder aus dem Ausland eingeführt sind oder einen überwiegenden Bestandteil ausländischer Rohstoffe enthalten. — Die Polizeiverwaltungen werden erneut und unter Bezugnahme auf alle bisher ergangenen Verfügungen des Landespolizeiamts dringlich angewiesen, diesen Mißständen nachzugehen und überall da, wo die Annahme von wucherischen Preisforderungen gerechtfertigt erscheint, sofort Ermittlungen anzustellen und gegebenenfalls die sofortige Einstellung des Strafverfahrens bei den zuständigen Stellen zu veranlassen, und wenn Tatsachen vorliegen, die die Zuverlässigkeit des Händlers erweisen, auf Grund der Verordnung vom 23. Oktober 1915 rückwirkend mit der Entziehung der Handelslaubnisse vorzugehen.“

Der Präsident des Landespolizeiamts weist außerdem die Polizeiverwaltungen auf die übrigen polizeilichen Bestimmungen hin, die es ihnen zur Pflicht machen, allen wucherischen Erscheinungen im Klein- und Großhandel auf das Schärfste entgegenzutreten. Die Polizeiverwaltungen werden erneut angewiesen, überall da, wo Marktgerichte eingerichtet sind, wucherische Uebergriffe sofort zur Anzeige zu bringen. Es ist mit Bestimmtheit zu erwarten, daß die Staatsanwälte an diese Gerichte entsprechende Anträge stellen, und daß die Gerichte zu scharfen Beurteilungen kommen werden.

Kilian.

Roman von Jakob Böhner.

Kilian sah ihm verdutzt nach. Dann gestand er sich: mein richtiger Sohn! Ein bitteres Leid huschte über seine Züge. Aber schon hatte er auf die Klingel gedrückt, und die Korrespondentinnen traten ein, um die Unterschrift des Chefs zu holen. Als er einen der zu unterzeichnenden Briefe durchlas, sagte er müde:

„Jetzt schreiben Sie wieder Name ohne h.“
 „Nun ja doch, Herr Direktor!“ sagte das Fräulein.
 „Gestern sagten Sie, man schreibe es mit h.“
 „Nicht doch, Herr Direktor!“

„D.“ stöhnte Kilian, „wie einem die Lehrer das Leben erschweren! Noch nicht einmal zu einem einfachen tauglichen Ausdrucksmittel haben sie es bringen können! Assyrisch und babylonisch lehren sie, aber nicht die Weltsprache von heute, geschweige denn die von morgen!“

„Wie meinen Sie, Herr Direktor?“
 „Sagen Sie, Fräulein Leutenegger, Ihr Onkel ist an Magenkrebs gestorben?“

„Gewiß, Herr Direktor!“
 „Nachdem man ihn operiert hatte!“
 „Jawohl, Herr Direktor!“

Kilian sah plötzlich verfallen und klein am Schreibtisch, und ein flackernder Lichtfleck brannte in seinen starr auf den Tisch gehetzten Augen.

Das kleine Fräulein empfand Mitleid mit dem alten Mann, aber da läutete eine Klingel Feierabend, und eilig nahm sie die Briefe auf und sagte:

„Gute Nacht, Herr Direktor!“
 „Gute Nacht!“ Kilian verlangte die Abendpost. Eben war auch ein Telegramm eingetroffen: „Komme morgen, Esther!“ — morgen — erst morgen —. Er ließ sich ein langes Abendbrot bringen und arbeitete durch bis 10 Uhr, dann verließ er die Bank und ging hinauf nach dem Zürichberg. Da oben hatte er seine Villa. Eine unter den vielen. Ein sicheres Steinhaus an sonniger Straße.

Das Gartenpfortlein fiel klirrend ins Schloß. Der mecha-

nische Türschlüssel über dem schweren Eichenportal pustete leise. Die Kerzen im Treppenhaus gingen lautlos vor ihm auf und erloschen wie müde Augen hinter ihm. Die Teppiche erstickten den Laut seiner Schritte. Gut und freundlich standen die Möbel an den dunkeln Wänden der Zimmer, und alle Gegenstände waren gern und mit Beschmaad zu dienen bereit.

Aber Kilian überfah sie, denn er war ihrer zu gewohnt, und die Stille des Hauses schrie laut, wie einsam es sei. Ein Grinsen überließ Kilian, und er frug ängstlich: „Ist jemand da?“ Nein, sagte die Stille und schwieg noch lauter denn vorher. Kilian fröstelte. Es war ihm recht unbehaglich in dem steinernen Haus, dem sicheren Haus an sonniger Straße. Er wohnte ganz allein. Ganz allein!

Nur jeden Morgen kam eine Puffrau auf einige Stunden.

Kilian öffnete die Balkontüre. Von tausend Lichtern umfunkt lag in der Tiefe schwarz der See...

Irgendeine ferne Stimme einer längst verstorbenen Tante sagte: Schau Kilian, daß du zu etwas kommst. — Aber der alte, zerfallene Mann, der Kilian in diesem Augenblicke war, lachte vor sich hin. — Irgendeine Stimme einer fernen vergessenen Freundin sagte: Du hast das ja gar nicht im Blut, dies Gefühl: Menschheit! Zukunft! Aber der alte Mann lächelte: wofür arbeite ich denn noch! — — Und eine tiefe Stimme irgendeines fernen Stromes sang: Schaffe, was nie mehr zerstört werden kann! — Und der alte Mann senkte sein Haupt und schwieg. — Da erhob sich die sanfte Stimme eines vergessenen Juden und sprach: Man sollte den Tod bezwingen! — Da schlich sich der alte Mann hinein und flüsterte: er wird mich bezwingen! er wird mich bezwingen! —

Gegen zwei Uhr erwachte er mit fürchterlichen Schmerzen in der Herzgegend. Mit einem Sprung war er aus dem Bett. Ein Kolikanfall. Er kannte das. Zitternd telephonierte er nach einem Arzt und einer Schwester. Er stöhnte, schrie, warf sich auf den Boden, erhob sich unter den qualvollsten Weiden, wälzte sich im Bett, erbrach, hämmerte mit den Fäusten an die Wand und wuhle, indes er mit eisernen Füßen lag und der Schweiß in Strömen aus der Stirne schob; kann sein, ich werde verrückt wie ein Tier! — — Kam der Arzt denn noch nicht? Er schleppte sich an die Balkontüre. In einem Strahlenkranz lag der See, zart vom

Mondlicht versilbert. Ein Wunder! Aber Kilian spie aus in lächerlichem Hah! — Nach einer Weile kam der Arzt. Eine Minute später hatte eine Morphiumeinspritzung Kilian von seinen Schmerzen erlöst.

Am folgenden Abend, nachdem Kilian tagsüber ziemlich viel geschlummert hatte, meldete die Schwester den Besuch einer Dame.

Es war eine einfach gekleidete Frau von vielleicht fünf- undvierzig Jahren mit erstaunlich tiefen Augen und merkwürdig ernsten und doch gütigen Gesichtszügen. Kilian streckte ihr beide Hände entgegen und lachte, während ihm große Tränen aus den Wangen schossen.

„Willkommen! Esther! Willkommen!“ stammelte er.

„Danke“, sagte sie, „danke“ und strahlte ihn an. Sie setzte sich an sein Bett, sie hielten sich die Hände und sahen sich an und redeten nichts. Erst nach und nach löste sich Frage um Frage und Antwort um Antwort. Und aus Irrtum und Fehltril, und Enttäuschung und Weiden, und Arbeit und Arbeit setzte sich das alte Lebenslied in einer neuen Weise zusammen, und die sie vernahmen und in ihrer inneren Bedeutung erfahnten, wurden bis ins letzte erschüttert.

Esther war nach den Genfer Tagen mit einem russischen Dichter befreundet worden, den sie sehr lieb gewann. Er war aber mit der Leukemie behaftet, und das Kind, das sie ihm gebar, kam blind zur Welt. Er selber starb bald in ihren Armen, und auch das Mädchen ging nach großen Schmerzen zugrunde. Esther fand schließlich nach unsäglichen Qualen Heilung. Dabei wurde sie damals von der bittersten Armut verfolgt, unter der auch die Sache ihrer anarchistischen Freunde zu leiden hatte. Schon während der Tage ihres eigenen Unglücks hatte sie alle ihre Gedanken und Erkenntnisse auf's neue und auf vereinerter Wage gemogen, und da ward denn manche Phrase, die der Parteienhah ausgegeben, zu leicht erfunden. Aber dann manchmal, wenn es am Nützlichsten fehlte, wenn der Arzt vor der Behandlung die Rechnung bezahlt haben wollte, der Apotheker ohne Geld das Rezept nicht ausführte, dann konnten die bittersten Nachgedächte, der heiligste Vernichtungswillen aufkommen gegen jene, die die Mächi in den Händen hatten und nichts oder fast nichts taten, um diese fürchterliche Seuche aus der Welt zu schaffen. —

(Schluß folgt.)

Rechenmaschinen.

Nur ein Berufsstand hat außer Schiebern und Spekulanten seine herzliche Freude an dieser Jammergeit: Der Rechenlehrer. Unsere Kleinen und Kleinsten sind lebende Rechenmaschinen geworden, ehe sie zum ersten Male in die Schule gingen. Der Mensch wird schon auf jungen Beinen, den Kopf noch voll Unverständnis, zur rechnenden Maschine. Es ist, als ob jedem Säugling das große Einmaleins π und fertig unter den Bindeln liegt. Was war das noch vor wenig Jahren für eine schwere Aufgabe, den Kindern der untersten Schulklasse die Begriffe eines Tausend oder gar einer Million, dieser einst fabelhaften Summe, in die Köpfe zu hämmern! Heute beherrscht jeder Dreifährchen mit Eleganz die Nullen bis zur sechsten Stelle und darüber hinaus. Weg mit der Kreide und den Rechenfingern! Papiergeld ist Lehrmeister geworden. Man hält den Kleinen einen Haufen Papiergeld unter die Nase und kann sich verhehlen die richtige Zahl. „Schulze der Häufte, wieviel ist dreimal achtzigtausend?“ „Schulze, weshalb lachst du?“ Und Schulze der Häufte antwortet vorwurfsvoll: „Aber Herr Lehrer, für 240 000 gibt es doch nichts mehr!“ Solche Szenen spielen sich oft in der Rechenstunde ab. Kinderwitz löst Aufgaben, daß auch der Lehrer oder das Fräulein mitlachen müssen. Und die Rehrseite der Medaille? Es ist kein Wunder, wenn Unglückseligen, die dazu berufen sind, täglich stundenlang in jeder Minute mit Millionen und Milliarden zu jonglieren, sich abends an den wüsten Schadel fassen, um nachzusehen, ob er noch da ist. Systematische Verdrückenzüchterei wäre, gäbe es nicht kunstvolle Rechenmaschinen. Ohne die kommen größere Betriebe bei den Lohnberechnungen nicht mehr aus. Der in Jacken verjüngende Mensch ist zu schwach geworden, nur mit dem Gehirn das Rechenheft zu bewältigen. Die Maschine muß helfen. Wann wird auch sie am Ende ihrer unheimlichen Kraft sein?

Wieder Zwangswirtschaft für gewerbliche Räume.

Aufhebung der Bestimmungen in Geschäfts- und Industriebüroen.

Der Amtliche Preussische Pressedienst stellt die folgende Anordnung des Wohlfahrtsministeriums mit: Bei der Aufhebung der Ausführungsbestimmungen zum Reichsmietengesetz Anfang Juni dieses Jahres hat der Preussische Minister für Volkswohlahrt einen Versuch gemacht, die Zwangswirtschaft im Wohnungswesen auf einem Teilgebiet auszuheben: im Hinblick darauf, daß vor allem in den gewerblichen Räumen in den reinen Geschäfts- und Industriebüroen eine gewisse Verschwendung geübt wurde, schien es vertretbar, den erstrebten allmählichen Abbau der Zwangswirtschaft verhältnismäßig bei diesen Räumen zu beginnen. Um so mehr, weil zu jener Zeit noch angenommen werden durfte, daß die durch diese Maßnahme getroffenen Kreise am ehesten eine Befreiung durch höhere Mieten würden tragen können. Die Spitzenorganisationen der Vermieterverbände haben sich jedoch nicht einverstanden erklärt, daß diese Befreiung einen gewissen Prozentsatz der Friedensmiete nicht überschreiten würde. Seit dem Inkrafttreten des Gesetzes sind unerwartet tiefgreifende Veränderungen der wirtschaftlichen Verhältnisse eingetreten. Diese allgemeinen Veränderungen, in Verbindung mit den neuen hohen Steuerlasten für die Gewerbetreibenden, haben gezeigt, daß die Voraussetzungen für eine teilweise Aufhebung der Zwangswirtschaft noch nicht gegeben sind. Es kommt hinzu, daß die Spitzenorganisationen der Vermieterverbände trotz ihrer Zusicherungen zustandenermaßen doch nicht stark genug gewesen sind, ihren Einfluß auf alle Vermieter dahin geltend zu machen, die eingegangenen Verpflichtungen bezüglich einer bestimmten Höchstgrenze für die Miete zu halten. Die Auswirkungen der neuen Bestimmungen haben bereits in der kurzen Zeit ihres Bestehens eine starke Beunruhigung in weiten Kreisen der Bevölkerung hervorgerufen, deren Berechtigung nicht von der Hand zu weisen ist. Nach wiederholter Anhörung der beteiligten Interessentengruppen hat sich der Minister für Volkswohlahrt nunmehr entschlossen, die Bestimmungen zum nächstmöglichen Termin wieder aufzuheben und auch die Räume in reinen Geschäfts- und Industriebüroen insofern der Zwangswirtschaft zu unterwerfen, als die Festsetzung der Mieten der staatlichen Aufsicht unterstellt wird.

Hugo Suble.

Der Berliner Stadtverordnete Genosse Hugo Suble ist plötzlich gestorben. Er gehörte der Stadtverordnetenversammlung seit 1920 an und brachte besonders den Fragen der Wohlfahrtsfrage ein lebhaftes Interesse entgegen. Genosse Suble, ein früherer Mechaniker, war Invalide und konnte sich nur mühsam und mit Hilfe eines Führers fortbewegen. Mit eigener Energie überwand er alle Schwierigkeiten, die sein Gebrechen ihm bereiteten. Im Hauptvorstand des Zentralverbandes der Invaliden und Witwen Deutschlands hatte er das Amt eines Schriftführers, und er war Redakteur der „Deutschen Invalidentzeitung“. Die Invalidenbewegung verdankt ihm starke Förderung. Unermüdlich hat er für das Wohl der Invaliden und der Witwen gewirkt.

Wieder mußten wir einen treuen und bewährten Genossen zu Grabe legen. Der preussische Landtagsabgeordnete Genosse Rettor Waldemar Holz aus Mäherleben war einem schnell verlaufenden Leiden plötzlich erlegen, und auf dem schönen stillen Friedhof in Zehlendorf wurde der Leid des Toten unter den herzlich gefürbten melancholisch wehenden Birken zur letzten Ruhe gebettet. Ein großer Kreis von Parteigenossen, Berufskollegen, Parlamentariern und anderen Freunden hatte sich eingefunden, um dem toten Freund das letzte Geleit zu geben. In der kleinen bescheidenen Friedhofkapelle widmete am Sarg Regierungs- und Schulrat Dr. Herring dem Verstorbenen Worte des Dankes und des Abschiedes, sie galten in erster Linie dem freien Schulmann, Politiker und Parlamentarier, der seine hohen geistigen Gaben und Fähigkeiten nicht dazu benutzte, um sich selbst zu nähren, sondern sein ganzes Sinnen und Arbeiten den Anderen, dem Bruder, dem Volk widmete. Am Grab sprach Genossin Dr. Wegscheider-Ziegler im Auftrag der preussischen Landtagsfraktion. Ihre ergreifenden Worte wandten sich noch einmal an den langjährigen Parteifreund, dem unermüdlich fleißigen parlamentarischen Arbeiter, besonders aber an den gütigen lebenswerten Menschen. Für die preussische Landtagsfraktion legte Genosse Heide, für die städtische Verwaltung Mäherlebens Bürgermeister Genosse Kleis Kränze am Grabe nieder. Ferner sandten Kränze als letzte Grüße der Bezirksvorstand Groß-Berlin, die SPD, Mäherlebens, der Provinziallandtag der Provinz Sachsen, die Johanneschule in Mäherleben und die Lehrerschaft in Mäherleben.

25 Milliarden Geldstrafe für Milchwucher.

Von Mittwoch der letzten Woche an hatten die Molkereien Lehmitz und Weelitz bei Potsdam höhere Preise gefordert, als die amtliche Milchnotierungskommission zugestimmt hatte. Darauf begab sich gestern das Landgericht des Landgerichts Potsdam zusammen mit der mittleren Preisprüfstelle nach Weelitz und Lehmitz und verurteilte dort an Ort und Stelle die beiden Verwalter der Genossenschaftsmolkereien wegen Ueberforderung des festgesetzten Milchpreises zu je 25 Milliarden Mark Geldstrafe und Einziehung des Ueberpreises.

Man hätte nur früher zu diesen reichen, drakonischen Mitteln greifen müssen; eine ganze Wucherperiode wäre uns vielleicht dadurch erspart geblieben.

Eine Partie Klabbias.

Der Bac-Club in der Portiersloge.

Die unglaublichsten Erzählungen versuchen die wegen Teilnahme an verbotenen Glücksspielen angeklagten Spieler den Gerichten aufzuhängen. Daß die Behörden jetzt mit der größten Schärfe gegen die heimlichen Spielclubs vorgehen, beweisen die häufigen Verhandlungen, die vor den Moabitischen Gerichten neuerdings fast ständig anstehen.

Die Schöffengerichtsstellen des Amtsgerichts Schöneberg beschäftigten zu gleicher Zeit wiederum zwei Spielerprozesse. Durch eine anonyme Anzeige war die Kriminalpolizei darauf hingewiesen worden, daß in der im Erdgeschoß gelegenen Wohnung des Schneidermeisters Karl Ziesing regelmäßig gespielt werde. Als die Polizei am 2. Juni vor der Wohnung Würzburger Str. 15, nachts um 2 Uhr, erschien, wollten die Angeklagten, nämlich Ziesing, die Kaufleute Herbert Doehner, Alexander Lazarus, Ernst Otto und Alfred Marzand, der Reisende Heinz Gerling und die Kürschnerin Emma Krichles, zufällig in die Wohnung gekommen sein. Sie wollten nämlich in einem in der Nähe gelegenen Café gewesen sein und dann Gerling nach der Wohnung Ziesings begleitet haben, wo er ausgerechnet nach Mitternacht ein Zimmer mieten wollte. Nachdem der Mietvertrag zustande gekommen sei, habe der Schneidermeister aus Freude noch zu einer Tasse Kaffee eingeladen. Die Angeklagten wollten nämlich das Volksgeld gar nicht kennen und überhaupt nie Karten in die Hand genommen haben. Zwei von ihnen behaupteten allerdings, daß sie während des Kaffees eine gemütliche Partie Klabbias gespielt hätten. Kriminalkommissar Schloffer befanderte im Gegensatz zu diesen Behauptungen, daß der größte Teil der Angeklagten bekannte Spieler seien und daß ein Teil von ihnen bei der Aushebung einer bekannten Spielhölle von Albrecht in der Wormser Str. 6a mit angegriffen worden war. Das Schöffengericht verurteilte sämtliche Angeklagten zu je 20 Millionen Mark Geldstrafe und erkannte auf Einziehung der Spielgeräte und des Tischs, an dem gespielt worden war. Etwas schärfer sollte eine andere Schöffengerichtsstelle die Spielpartie einer Frau Rogalla an, die in der Portiersloge eines Pfortners in der Kurfürstenstraße ebenfalls beim Bac überfallen worden war. Das Gericht verurteilte Frau Rogalla als die Spielvorstatterin zu 100 Millionen, den Kaufmann Pichel, den Kaufmann Friedländer und Fräulein Philippsohn zu je 50 Millionen Mark Geldstrafe. Für die Wohnungsinhaber, die ihre Wohnungen zu Spielwecken hergegeben haben, wird die Sache noch böse Folgen haben.

Familientragödie in der Krummen Straße.

Ein furchtbares Familienbrama hat sich gestern Abend in der Krummen Straße 33 an Charlottenburg abgespielt. Man fand in der Wohnung des Möbelhändlers Zippmann diesen, seine Frau und seine Tochter erschossen auf. Allem Anschein nach hat der Vater auf Frau und Kind die verhängnisvollen Schüsse abgegeben, da die drei Leichen Schußwunden aufwiesen. Die Nordkommission wurde sofort benachrichtigt. Es wird angenommen, daß Zippmann die Tat unter dem Druck von Geschäftsorgen, in einem Anfall geistiger Unmündigkeit ausgeführt hat. Man fand die Frau in einem Zimmer auf ihrem Bett, die Tochter im Nebenzimmer auf einem Sofa und den Mann selbst in einem Sessel in der Küche. Er hatte, um ganz bestimmt den Tod zu finden, die Gashähne in der Küche geöffnet, nachdem er Tür und Fenster verriegelt und abgedichtet hatte. Man fand neben seinem Trödelstrom noch 75 Millionen Mark bares Geld und einige Schmuckstücke. Zippmann hatte wiederholt seinem Bruder gegenüber seine schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse beklagt.

Der Dank der Kinder.

Wie bekannt, wurde die amerikanische Kinderpeisung in Deutschland zum erstenmal im Frühjahr des Jahres 1920 von der Gesellschaft der Freunde (Quäker) aus Amerika unter Mitwirkung des Staatssekretärs Hopner eingerichtet. Seit Herbst 1920 beteiligt sich die deutsche Reichsregierung etwa zur Hälfte an der Finanzierung des Kinderpeisungswerkes. Anfang 1922 zogen sich die amerikanischen Gönner zurück und der Deutsche Zentralauschuß für die Auslandshilfe übernahm als Beauftragter der deutschen Reichsregierung und der amerikanischen Spender die Fortführung des Werkes. Der amerikanische Anteil an der Finanzierung der Kinderpeisung wird seit 1922 durch das Central Committee for the Relief of Distress in Germany and Austria, das die Zusammenfassung zahlreicher deutschstämmiger Hilfskomitees in Nordamerika darstellt, aufgebracht. So werden täglich 80 000 Kinder in Berlin gespeist. Jede einzelne Mahlzeit kostet 2 Cents. Es besteht die Hoffnung, auch nach dem 1. Oktober die Speisung fortzusetzen. Etwa 5 bis 6 Millionen Dollar wären erforderlich, um über den Winter hinaus täglich zwei Millionen Kinder speisen zu können. — Zu Ehren der oben genannten amerikanischen Wohltäter und auch zu Ehren der Quäker als der früheren Träger des Hilfswerkes veranstaltete das Bezirksamt Prenzlauer Berg am Sonnabend nachmittags in der Brauerei Königsplatz ein Kinderbankfest, wozu auch die Reichs- und Kommunalbehörden Vertreter beorderten. Etwa 4000 Kinder füllten den Saal, als ein Schülerorchester die schlichte Feier einleitete. Nach Vorträgen des örtlichen Jugendchors sang Bezirksbürgermeister Genosse John warme Worte für die amerikanischen Freunde, während die Genossin Dr. Weyl den Dank des Magistrats der Stadt Berlin aussprach. Geheimrat Dr. Bole als Vertreter des Reichsernährungsministeriums und des Deutschen Zentralauschusses für die Auslandshilfe dankte im Namen des Reichsernährungsministers den unermüdeten Amerikanern für die bisher erwiesene Hilfsbereitschaft unter Hervorhebung des großen Kinderleidens, das eine Fortsetzung der Kinderpeisung dringend notwendig erscheinen läßt. Reigentänze und gefällige Darbietungen umwachten weiter die Feier. Am Schlusse wurde jedes Kind mit Kakao und Weißbrot bewirtet.

So wird man Devisen — nicht los.

Mit welchen Schwierigkeiten heute die Abgabe von Devisen verbunden ist, möge folgende Schilderung eines unserer Leser beweisen: Vor kurzem begab ich mich nach der Depositen-Kasse der Disconto-Gesellschaft, Kurfürstendamm 163/164, und bat um Umwechslung einer 2-Dollar-Banknote. Nachdem ich allerlei Ausreden, wie „unser Bankbote ist schon fort“ usw., zu hören bekam und es mir auch nicht möglich war, eine Abschlagszahlung in geringer Höhe zu erhalten, verließ ich diese „entgegenkommene“ Bank, um es bei der Kleinbank Schlesinger u. Meier, Charlottenburg, Spandauerstraße, zu versuchen. Der Kassierer erklärte sich bereit, die Note privat zu

Preise und Löhne.

Lebensmittelpreise in der Zentralmarkthalle am 22. 9.		Erlösen	
(in tausend Mark)			
Rindfleisch	4000—4000	Vollreis	7000
Hammelfleisch	3500—4500	Weißkohl	1200
Kalbfleisch	3500—4000	Wirsingkohl	1500—1600
Lebende Schlei	4000—4500	Grüne Bohnen	3000
Hechte	3000—3500	Mohrrüben	1500
Karpfen	3000	Zwiebeln	2500
Aale	5000	Tomaten	3000
Zander	2500—3000		
Aale in Eis	2500—3000	Wochenlöhne in Berlin	
Hechte	2500—2500	(in tausend Mark)	
Schollen	1500—1500	Buchdrucker v. 22.—29. 9.	850 000
Makrelen	2000	Buchbinder und Papier-	
Butter	5800—6000	verarbeiter v. 13.—19. 9.	700 483
Margarine	3500	Rohrleger u. Bauklempe-	
Schmalz	3000—3400	vom 17.—23. 9.	700 810
Ei	350	Zimmerer vom 15.—21. 9.	630 200
Linolen	1400	Schuhindustrie (Arbeiter-	
		über 21 Jahre, Orts-	
		klasse I vom 17.—22. 9.	543 855

übernehmen, doch könnte er nur 80 Millionen pro Dollar zahlen. Der Kurs vom Vortage war 92 Millionen. Zwölf Millionen pro Dollar zu verkaufen konnte ich mir nicht erlauben, so daß ich das Bankhaus Wöllhusen, Charlottenburg, Ecke Windmühlstraße und Stuttgarter Platz, um Umwechslung bat. „Wir besaßen uns nicht mehr damit“, wurde mir zur Antwort gegeben. Noch nicht ganz mutlos geworden, begab ich mich zur Reichsbank Nebenstelle Charlottenburg, Reibnitzstraße. Dort schloß man den Vogel ab: „Ja, Sie können die Dollarnote hier lassen, wir übernehmen sie zur Einziehung. Morgen, Sonnabend, ist keine Börse, so daß der Verkauf erst am Montag an der Börse erfolgen kann. Den Erlös können Sie alsdann in circa 8 Tagen, am Donnerstag oder Freitag, hier in Empfang nehmen.“ Kommentar überflüssig! — Mir war natürlich nicht mit dieser Regelung gebüht. Ein Herr, der Zeuge dieses Vorganges war, wuschelte mir alsdann die Notizen ein. Möglich ist es, daß eine Verordnung besteht, wonach dieser Privatherr zur Entgegennahme und ich zur Abgabe der Note nicht berechtigt war.

Die Reichsbank braucht Devisen und nimmt sie nicht! D. h. eine bewundernswert schwerfällige aufgelegene Organisation hindert sie daran. Es ist das schmerzhafteste Erbe aus dem alten Obrigkeitsstaat — von der heutigen Bureaucratie nach Kräften gepflegt —, die Ausführung jeder Verordnung, die dem Staat Nutzen bringt, so unständiglich zu gestalten, daß der Effekt gleich null ist.

Bildungsarbeit der Partei.

In einer Konferenz sämtlicher Kreisbildungs-ausschüsse, die am Sonnabend Abend im Jugendheim Lindenstraße 3 stattfand und außerordentlich stark besucht war, erstattete zunächst Genosse Albert Horlich den Bericht über den Geschäftsgang des verflochten Jahres. Er konnte sich dabei in der Hauptsache auf den gedruckt in den „Mitteilungen“ des Bezirksverbandes vorliegenden ausführlichen Bericht beziehen und ging dann eingehend auf einige besonders wichtige Fragen ein. Die Art und Form der letzten Parteifester hat die Gemüter der Genossen mannigfach berührt. Die einen, die an dieser künstlerisch zweifellos außerordentlich gut gelungenen Veranstaltung teilgenommen haben, waren aufs höchste befriedigt, die anderen hingegen äußerst kritisch gestimmt. In der Zukunft wird es hoffentlich möglich sein, die Fester auf drei oder vier der größten Lokale zu verteilen und die Verfassungsfester, die diesmal in einem einzigen großen Saal, in der „Neuen Welt“, stattgefunden hat, mußte sich Kritik gefallen lassen, trotzdem sie durch den Sprecher Neues von eigenartiger und besonderer Prägung bot und in ihrer Gesamtheit gleichfalls von künstlerischer Ernst durchdrungen und der Bedeutung des Tages voll und ganz gerecht wurde. Leider war durch den illegalen Generalfest nicht nur ein großer Teil der Teilnehmer gezwungen, insofern des langen Weges entweder auf die Teilnahme zu verzichten oder zu Fuß zu gehen, was sehr viele getan haben, sondern die Fester war teilweise durch eine Unruhe, die in den mitwirkenden Arbeitersängerchor „Ramenlos“ hineingetragen war, in Frage gestellt. Durch Verhandlungen gelang es zwar, das Unheil abzumehren, es wird aber in Zukunft darauf Bedacht genommen werden müssen, die Fester entweder vor oder nach dem 11. August stattfinden zu lassen, denn derartige unliebsame Zwischenfälle müssen unter allen Umständen vermieden werden. (Zustimmung.) Die angelegten fünf Festkonzerte sind bereits vollständig überzeichnet, aber es muß bemerkt werden, daß sich der Preis für das erste Konzert auf etwa 3/4 Millionen Mark stellen wird, denn der Domchor beansprucht allein eine Aufwendung von 7/8 Millionen. Die Vorbereitung von Opernvorstellungen stößt auf große Schwierigkeiten, weil der Zwisch, der zwischen dem Charlottenburger Opernhaus und dem Bezirk Charlottenburg entstanden ist, noch nicht beigelegt ist. Bisher ist gegeben worden „Die Jüdin von Toledo“, und es wird ferner gegeben „Baumeister Soluch“ von Offen, „Fuhrmann Henschel“ von Hauptmann und „Candida“ von Shaw. Der künstlerische Erziehungswert dieser Vorstellungen ist unbestreitbar, und der Bezirksbildungsausschuß darf die Möglichkeit, auf diese Weise proletarischen Klassenkämpfern hochwertige geistige und künstlerische Anregungen zu geben, auf keinen Fall außer Acht lassen. Besondere Beachtung verdienen die proletarischen Festerstunden, die eine soziale Kraftquelle für alle bedeuten, die daran teilgenommen haben. Sie sind ganz ohne Zweifel ein ungeheuer wichtiges Mittel der seelischen Belebung der Arbeiter. Leider wird die Weiterführung in dem schönen Bau des Großen Schauspielhauses nicht möglich sein, weil dieser feierliche Raum gegenwärtig durch Bogeneröffnungen profaniert wird. Die natürlich mehr einbringen, als selbst eine opernbereite Arbeiterschaft ausbringen könnte. Der Eintrittspreis würde sich heute nahezu auf 10 Millionen Mark stellen. Dennoch sollen die proletarischen Festerstunden auf keinen Fall aufgegeben werden, und es wird beabsichtigt, zunächst im Oktober das neue Schauspiel von Schönland „Rolo“ aufzuführen. Ganz besonders wichtig und bedeutsam ist die Arbeiterbildungsschule, ihre Erhaltung und ihr Ausbau. Hoch erfreulich ist das rege und ständig wachsende Interesse der Parteigenossen. Die Schule ist das wichtigste und notwendigste Instrument unserer Bildungsarbeit und wir müssen ihr den Charakter einer ausgeprochenen Parteischule verliehen. Sie soll in ihrem ganzen Aufbau und ihrer Themenbehandlung zum Ausdruck bringen, daß sie in bewusstem Gegensatz zu bürgerlichen Veranstaltungen ähnlicher Art steht. Es handelt sich in der Schule nicht um die Vermittlung von Bildungsgut an große Massen, sondern es wird Wert auf die Ausmaß der Persönlichkeiten gelegt, die zu Arbeitsgemeinschaften vereinigt werden. Aus der Schule müssen die Führerpersönlichkeiten hervorgehen, die wir auch in Zukunft brauchen.

Die Ausführungen des Genossen Horlich wurden mit großer Befriedigung aufgenommen. In der Aussprache ergriff zunächst Genosse Seidel das Wort und ließ sich des näheren über die Berliner Volkshochschule aus. Er machte Mitteilung davon, daß dieses gemeinnützige Bildungsunternehmen von der Stadt Berlin schmählich in Stich gelassen worden sei, weil man es verdächtig hatte, ein rein sozialistisches Unternehmen zu sein, während der innerste Kern seines Wesens war, nicht in Gemäßheit der heutigen Wissenschaft einen ungeheuren Bildungsgut gedächtnismäßig zu verarbeiten, sondern ernst und eindringlich an die Probleme heranzutreten und die Hörer zu veranlassen, sie durch Selbstdenken zu bewältigen und so zu einem selbständigen freien Urteil zu kommen. Es ist außerordentlich bedauerlich, daß die Stadt Berlin kleinmütig genug war, ein solches Bildungsinstitut in Stich zu lassen. Die Begeisterung, die Opferwilligkeit seiner engagierten Freunde hat es vor dem Untergang gerettet und es ist anzusehen, in wie in den Arbeiterviertel gelegenen Arbeitsstätten erfolgreich und vielversprechend weiter zu arbeiten. (Beifall.)

An der Aussprache beteiligten sich verschiedene Genossen. Reichel, Schöneberg, wünscht, daß die proletarischen Festerstunden zu einer ständigen Einrichtung ausgebaut werden, ebenso Schenl. Genosse Kestenberg und Sonnemann regten an, daß die Zusammenkünfte des Bezirks-Bildungsausschusses öfters stattfinden möchten. Kestenberg wünscht weiter, daß die künstlerischen Veranstaltungen immer mehr so ausgestaltet werden, daß sie werbend für den Sozialismus wirken. Neue Wege müssen gegangen werden. Genosse Weimann und Horlich erklärten, daß die Zusammenkünfte des Bezirks-Bildungsausschusses künftig wieder wie früher öfters stattfinden werden. Horlich verteidigt in temperamentvoller Weise die bisherige Arbeit des Bezirks-Bildungsausschusses und wünscht, daß die neuen Wege, die gegangen werden sollen, deutlich umschrieben werden. Was angeregt sei, werde bereits gefördert. Weimann schließt die Versammlung mit einem Appell zu reger weiterer Mitarbeit kurz nach 9 Uhr.

Neue Millionenscheine.

Die Reichsbank kündigt wiederum die Ausgabe neuer Serien von Wertnoten an. Demnächst gelangen 100-Millionen-Scheine in den Verkehr. Die Note ist auf weißem Papier gedruckt und hat eine Größe von 88x150 Millimeter. Die zweizeilige

Wertbezeichnung ist durch auffallende Zierbuchstaben in kräftigem Druck besonders hervorgehoben. Weiter gelangen neue fünf-millionenreiche zur Ausgabe, die ebenfalls auf weißem Papier gedruckt sind und deren Größe 95x175 Millimeter ist.

Zeitungsgeldschwindler. Wir werden um Aufnahme des folgenden ersucht: Aus Mitgliederkreisen des Deutschen Verkehrsbandes kommen seit einigen Tagen übereinstimmende Meldungen, die besagen, daß ein Mann in Zivil in ihren Wohnungen erscheint, um die Postabonnementsgebühren für das Verbandsorgan einzulieben. Der Betreffende führt auch die kleinen Postquittungsscheine, die bei der Post üblich sind, bei sich, die er bei Bezahlung ausfüllt. Die Postabonnenten werden gewarnt, sich auf diesen Schwindler einzulassen und ersucht, den Schwindler feststellen zu lassen. Zur Einziehung der Postabonnementsgebühren sind nur die uniformierten Postangestellten berechtigt, soweit sie im Dienst sind, was durch ihre Diensttafeln sehr leicht zu erkennen ist.

Verlegung von Finanzämtern. Folgende Finanzämter werden verlegt: 1. Finanzamt Humboldthofen (XIII) von Weidemann 1a nach Heiligegeiststraße Ecke Kleine Poststraße. — 2. Finanzamt Mühlberg (XI) — mit Ausnahme der Veranlagungsabteilung für die Stadtbezirke 233B, 238, 239, 243A, 243B, 244, 246D, 247D, 248B, 248C, 248D — von Mittelstr. 60 nach Schönhauser Allee Nr. 10/11. — 3. Finanzamt des Finanzamts Mitte (II) von Bon der Haupt-Strasse 1 nach Friedrichstr. 129. Ende September d. J. wird das gesamte Finanzamt Mitte (II) nach Friedrichstr. 129 verlegt.

Die Bildung einer Kunstgemeinde hat das Volkbildungsamt des Bezirks Treptow in Aussicht genommen. Hierdurch soll den Teilnehmern der vom Volkbildungsamt getroffenen Veranstaltungen die Möglichkeit gegeben werden, bei Aufstellung der Programme ihre Wünsche zum Ausdruck zu bringen. Die Veranstaltungen werden regelmäßig in den verschiedenen Bezirkebezügen getroffen werden, so daß Fahrtkosten für die Teilnehmer nicht entstehen. Die Eintrittspreise für die einzelnen Veranstaltungen werden sich im allgemeinen auf der Höhe der Kosten einer Straßenbahnfahrt bewegen.

Bezirkbildungsausschuss Groß-Berlin. Der Zuschlag für die Theateraufführung „Die Jüdin von Toledo“ am Sonntag, den 23. d. Okt., nachmittags 3 Uhr, im Neuen Theater am Zoo beträgt 2 Millionen.

Im Wallhoftheater gelangt „Die spanische Fliege“ nur noch diese Woche, die einschließlich nächster Sonntag zur Ausführung. Die Leser des „Vorwärts“ erhalten gegen Vorzeigung des heutigen Inserates die bekannte Ermäßigung.

Wirtschaft

Die Vorbereitung der Goldwährung.

Der Kurseinbruch am Devisenmarkt, den die Reichsbank durch eine plötzliche Aenderung ihrer Taktik bei der Stützungsoption herbeigeführt hat, ist auf die Warenpreise fast ohne Einfluß geblieben. Zwar — und das ist wenigstens ein Gutes — ist die sprunghafte tägliche Steigerung der Lebensmittelpreise auf manchen Gebieten zum Stillstand gekommen, einige Valutawaren, wie Fette und Mühlenprodukte, gingen sogar im Preise zurück. Andere Waren stiegen weiter. Im großen und ganzen aber ist der Erfolg der Marktbesserung am Warenmarkt verschwindend gering. Zu einem Teil erklärt sich das daraus, daß viele Kleinhandelswaren noch immer den Großhandelspreisen, ganz gleich ob sie steigen oder fallen, erst mit einem Abstand von mehreren Tagen folgen. Bei diesen Waren konnte man eine so plötzliche Umkehrung der Preise nicht in einem Tage erwarten. Wenn aber auch die Mehrzahl derjenigen Waren, die bisher immer mit dem Dollar verknüpft waren, nicht im Preis entsprechend der Dollarkurven sanken, so liegt das zu einem wesentlichen Teil daran, daß am Sonnabend eine amtliche Devisennotierung nicht stattfand und die Warenverkäufer bei ihrer Preisstellung mit einem gewissen Recht darauf verweisen konnten, daß die am Sonnabend im freien Verkehr genannten Kurse bereits weitaus über der amtlichen Notierung vom Freitag lagen. Diese Freiverkaufspreise sind aber nach keiner Richtung hin kontrollierbar. Deshalb sollte der Mangel, daß am Sonnabend keine amtliche Notierung stattfindet, beseitigt werden. Zu einer Zeit, wo sich der überwiegende Teil der Wirtschaft auf Goldrechnung umgestellt hat, muß dafür gesorgt werden, daß der Goldmaßstab auch einwandfrei ermittelt werden kann. Erst dann wird auch die Befolgung von Preisobergrenzen und durch die Wucherpolizei mit dem Nachdruck einschreiten können, der notwendig ist, um, wo es gerechtfertigt ist, die Preise dem sinkenden Dollarkurs ebenso anzupassen, wie sie mit ihm in die Höhe gingen.

Denn das ist die größte Schwierigkeit der Wirtschaftperiode, die wir jetzt durchmachen: die die Papiermark ist praktisch aufgegeben. Der neue Währungsplan des Reichs weist ihr noch für einige Monate die Rolle einer Scheidemünze zu. Dadurch, daß man gleichzeitig Goldmarknoten schaffen will, welche den Unterbau für die neu zu errichtende Goldwährung abgeben soll, ist praktisch auch für den Befehlgeber die Papiermark nur noch ein Behelfsmittel im Zahlungsverkehr bis zu dem Zeitpunkt, wo nach Sanierung des Reichshaushalts die neue Goldmark allgemein gültiges, geschlechtes Zahlungsmittel wird. Ueber die schweren Zustände des Marktes in den letzten Monaten hat sich die Wirtschaft nur damit hinwegsetzen können, daß sie schon lange in Gold rechnete. Dadurch aber kamen alle diejenigen in schweren Nachteil, die als Verbraucher auf die Papiermark angewiesen waren. Der Reallohn sank, die Arbeitslosigkeit stieg. Jetzt bleibt nur noch die Möglichkeit, mit rückfahrender Konsequenz den Weg von der Goldrechnung zur wirklichen Goldwährung zu Ende zu gehen.

Der Entwurf der Reichsregierung, über den in der kommenden Woche der Reichstag zu entscheiden haben wird, hat unzulängliche Mängel, die scharfer Kritik in der bürgerlichen Presse unterzogen werden. Mit Recht fragt man; warum eine so fragwürdige Zwischenlösung, wie der Bodenmark, überhaupt notwendig ist. Wenn man den Sachverhalt beläßt, so wäre es reinlichere Arbeit, diesen die schwebenden Schulden und die noch bevorstehenden ungedeckten Ausgaben übernehmen zu lassen, um sofort die Goldwährung zu schaffen und nicht erst ein Zahlungsmittel in den Verkehr zu setzen, dessen Wert vor Schwankungen nicht sicher ist, das sogar leicht mißbraucht werden und zu neuer Inflation führen kann. Dem ist freilich entgegenzuhalten, daß die verfügbaren Bestände an Gold und Devisen nicht ausreichen, um sofort eine dem gesamten Wirtschaftsverkehr genügende und doch ausreichend gedeckte Menge von Goldzahlungsmitteln ausgeben zu können. Ebenso wie der Staat braucht auch die gesamte Produktion und Warenverteilung eine gewisse Uebergangsstufe, um aus der Inflationswirtschaft in eine geordnete Geldwirtschaft ohne schwerste Erschütterungen hinüberzukommen. Es besteht z. B. kein Zweifel, daß mit Polizeimaßnahmen allein die zum Wiederaufbau der Goldwährung notwendigen hochwertigen fremden Zahlungsmittel nicht aus der Wirtschaft herausgeholt werden können. Gelingt es dagegen, die Uebergangswährung einige Monate mit Erfolg zu halten, so wird bei gleichzeitiger Umstellung des Kredit-systems von selbst auf die Devisenbasis ein wirtschaftlicher Druck ausgeübt werden, um dem Reiche mehr Devisen als bisher zur Verfügung zu stellen. Insofern ist der Gedanke einer Uebergangs-

währung immerhin eine Lösung, wenn auch nur eine Zwischenlösung, die mit mancherlei Gefahren verbunden ist. Denn darüber darf man sich nicht täuschen: die Bodenmark ist nicht anders als die Papiermark lediglich ein Zahlungsverprechen. Ihre Deckung, die Rentenbriefe der Landwirtschaft und Industrie, sind ebenfalls nur Wertpapiere und werden als solche leicht Kurschwankungen ausgesetzt sein, weil längst nicht jeder, der Geld braucht, geneigt ist, dieses in einer langfristigen Anleihe anzulegen. Ist so die Grundlage der Zwischenwährung eine recht schwankende, so kommt alles darauf an, daß die Regierung ihrem mit der Ausgabe der Bodenmark eingegangenen Zahlungsverprechen eine größere Wahrscheinlichkeit der Erfül-

Unsere werten Inserenten
machen wir darauf aufmerksam, daß die jeweiligen Anzeigenpreise regelmäßig am Kopf des „Vorwärts“ angezeigt sind / Besondere Benachrichtigung bei Preisänderungen erfolgt nicht!
VORWÄRTS-VERLAG G.m.b.H.

lung gibt als der Papiermark. Mit anderen Worten: Wird mehr an derartigen Zahlungsmitteln gedruckt, als aller Voraussicht nach in Gold zu einem guten Umréuflungskurs eingelöst werden kann, so wird das Spiel mit der Bodenmark sofort genau so wieder beginnen wie es bisher mit der Papiermark getrieben wurde. Daher steht und fällt der Gedanke einer solchen Zwischenwährung mit der künftigen Gestaltung der Reichsfinanzen. Der Ausgleich des Budgets muß dann um jeden Preis und mit größter Beschleunigung durchgeführt werden, damit nicht der Staat zur Deckung seiner Finanzen wieder ungedecktes oder auch nur ungenügend gedecktes Geld drucken lassen kann. Insbesondere wird der Beschluß, der mit seinen Vorschlägen nach Helferich und anderen die Absicht verband, sich durch eine Garantieleistung für die Währung von weiteren Beschlüssen zu entlasten, geäußert werden müssen, umzuern. Die rücksichtslose Einschränkung der Ausgaben des Staates wird andererseits auch die gesamte Arbeiterschaft vor schwere Aufgaben stellen. Gelingt es, ein radikales Finanzprogramm zu formulieren und durchzuführen, dann und nur dann wird die Bodenmark eine Stufe zur echten Währung sein.

Goldpreise auch für Städtstoff. Nachdem die meisten Industrien bereits zur Preisstellung in Gold übergegangen waren, hatte das Städtstoffhandels seine Preise in Roggen ausgedrückt. Jetzt wird auch dieses System wieder preisgegeben zugunsten der Rechnung in Gold, wie sie neuerdings sogar bei der Kohle durchgeführt ist. Mit Wirkung vom Montag, den 24. September 1923, werden die Höchstpreise für Städtstoffdingemittel aufgehoben. An ihre Stelle treten folgende, zwischen den berufenen Vertretern der Landwirtschaft und des Städtstoffhandels vereinbarte, von der Reichsregierung genehmigte Goldpreise für das kilo Städtstoff im schwefelsauren Ammoniak Goldmark 1,05, im schwefelsauren Ammoniak gedarrt und gemahlen Goldmark 1,07, im Natriumchlorid Goldmark 1,17, im Kalziumchlorid Goldmark 1,—. Das Städtstoffhandels gewährt ein Zahlungsziel von einer Woche und nimmt Goldanleihe in Zahlung, und zwar innerhalb dieser Frist zum Nennwert. Bei Zahlung in Papiermark erfolgt Umrechnung zum Dollarkurs des Wertungstages, jedoch mit der Maßgabe, daß bei Zielüberschreitung mindestens der Kurs am Tage der Fälligkeit zugrunde gelegt wird.

Gegen den Notgeldausbruch. Durch den letzten Marksturz und das dadurch bewirkte Anschwellen der Preise und Löhne ist ein beträchtlicher Mangel an Reichsbanknoten und anderen geschlichen Zahlungsmitteln eingetreten. Das Reichsfinanzministerium hat sich genötigt gesehen, in vielen Fällen die Auszahlung von Notgeld zu gestatten, in jedem Falle jedoch genaue Bestimmungen über die Anlegung des Gegenwertes des jeweils ausgegebenen Betrages aufgestellt, die einer mißbräuchlichen Verwendung des Notgeldes, insbesondere der künstlichen Geldmaderie vorbeugen sollen. Inzwischen ist daneben aus zahlreichen Stellen Notgeld ohne jede Genehmigung ausgegeben worden, wobei selbstverständlich die von der Behörde verlangten Sicherheitsmaßnahmen nicht getroffen worden sind. Wie wir von zuständigen Stellen erfahren, wird gegen dieses wilde Notgeld mit aller Schärfe vorgegangen. Es wird unmissverständlich seine schnelle Einziehung verlangt und nötigenfalls mit polizeilichen und strafrechtlichen Mitteln erzwungen werden.

Eine neue deutsche Konzeption in Sowjetrußland. Der Rat der Volkskommissare hat seine Zustimmung zu einem wirtschaftlich bedeutenden Vertrag erteilt, der einer deutschen Gruppe eine forswirtschaftlich-industrielle Konzeption im Gebiet der Eisenbahn Waga—Kobinsk auf die Dauer von 25 Jahren erteilt. Der deutsche Partner ist die „Gesellschaft für die wirtschaftlichen Beziehungen mit dem Osten“, Berlin. Das zur Ausbeutung bestimmte Waldgebiet erstreckt sich in einer Ausdehnung von etwa einer Million Desjatinen zwischen den beiden von Petersburg ausgehenden Hauptbahnhöfen, der Nordbahn und der früheren Nikolajebahn, die jetzt den Namen Oktoberbahn führt. Es wird selbst von einer noch nicht dem Verkehr übergebenen Bahn durchzogen. Ein Teil der Waldgebiete ist noch nicht erschlossen; ihre ökonomische Bewirtschaftung wird erst durch den Ausbau der genannten Straße möglich. Der übrige Teil der Waldmassive liegt mit günstigen Fröshungsverhältnissen im Zufuhrgebiet zum Petersburger Hafen. Die Wäldungen bestehen vorwiegend aus Nadelbäumen, die nach Qualität und Quantität jede Fabrikationsmöglichkeit zulassen. Die Gesellschaft für die wirtschaftlichen Beziehungen mit dem Osten, Berlin, wird ihre Rechte und Pflichten aus diesem Vertrag einer zu diesem Zweck ins Leben gerufenen Aktiengesellschaft übertragen, an welcher neben ihr unter anderem die Firma Gebr. Himmelsbach & Co. Freiburg, Europäische Holzhandels-A. G. Hannover, sowie einige Bauunternehmungen beteiligt sind. Dem Ausschichtsrat wird u. a. der frühere Reichstanzler Dr. Wirth angehören.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

- 14. Kreis Berlin. Abteilungsleiter der Beamten: Sitzung morgen, Montag, 7 Uhr, im Vorzimmer, Redakteur, 3. Zimmer 7. — Kommunistische Parteimitting, Dienstag, den 25. September, Sitzung im Roten, Referent Dr. Silberstein. Die thematisch tätigen Genossen sind eingeladen.
- 15. Kreis Treptow. Baumhüttenwerk, Oberkammer, Niederkammer, Johannisplatz, Dienstag, den 25. September, 7 Uhr, große öffentliche Parteimitting in der Aula der 1. Gemeindefabrik, Niederkammer, Berliner Str. 31. Tagesordnung: 1. Die Republikanisierung der Bevölkerung. Referent Genosse Wilm Steinbock, 2. d. R. 2. Freie Wapptrede. Parteigenossen, Beamte und Wahlvereinsmitglieder sind zahlreich.
- 1. — 20. Kreis. Funktionärskonferenz Freitag, den 23. d. M., 4 Uhr, im Jugendheim, Lindenstr. 3. 2. Teil, 3. Tr. Tagesordnung: „Finanzwirtschaft und Kapitalismus“.
- 5. Kreis Friedrichshagen. Montag, den 24. d. M., 7 Uhr, Versammlung aller SPD-Mitglieder in Schmidt-Gesellschaftshaus, Friedrichshagen. Wegen der wichtigen Tagesordnung müssen alle Genossen unbedingt erscheinen. Abteilungsleiter sind eingeladen. SPD-Bezirke werden um Teilnahme gebeten. Mitteilungsblatt beiliegend.
- 7. Kreis Charlottenburg. Montag, den 24. September, 7 1/2 Uhr, erweiterte Funktionärskonferenz, Zimmer 1.

- 12. Kreis Tempelhof. Arbeiterklub, Montag, den 24. September, 7 1/2 Uhr, Parteimitting im Rathaus Charlottenburg, Zimmer 2.
- 3. Kreis Wedding. Dienstag, den 25. September, 7 Uhr, Parteimitting in der Versammlung an bekannter Stelle (Wedding). Die Debatte müssen bestimmt teilnehmen.
- 14. Kreis Reinick. Kreis Schulgemeinde Dienstag, den 25. September, 7 1/2 Uhr, in der Aula des Kaiser-Friedrich-Realgymnasiums, Kaiser-Friedrich-Strasse 210. Referent wird in der Versammlung bekanntgegeben. Freunde der freien Schulgemeinde als Gäste willkommen.
- 18. Kreis Weidensee. Augustiner der Lehr- und Vermittlungsstelle der weiblichen Schule am Mittwoch, den 26. September, abends 7 1/2 Uhr, in der Gemeindefabrik, Hiltensplatz, 23. Theatergebäude. Zur Durchführung gelangt „Machmann als Arbeiter“ durch die Theaterdirektion Weidensee. Karten 2 Millionen Mark sind bei sämtlichen Klassenlehrern und beim Vorstehen der Elternarbeit, Genossen Hainl, Gäßler, 7. zu haben. Vorbericht sind auch noch einige Karten für die „Jüdin von Toledo“ im Neuen Theater am Zoo für Sonntag, den 23. d. M., zu haben. — Für den 18. September findet die Jugendbewegung am Sonntag, den 24. September, nachmittags 10 Uhr, in der Gemeindefabrik statt. Einladungen für die Eltern sind ebenfalls für Gäste 1 Million Mark, zu haben in der weiblichen Schule und beim Genossen Hainl, Gäßler, 7.
- 4. Kreis Prenzlauer Berg. Sonntag, den 27. September, 8 Uhr, bei Burg, Prenzlauer Berg 189. Sitzung der Abteilungsleiterreferenten und deren Stellvertreter der Abteilungen 34—41. Die berufliche und ehrenamtliche tätigen Genossen des Bezirks- und Wohnvereins Prenzlauer Berg sind eingeladen. — Kreis Schulgemeinde: Freitag, den 28. d. M., 7 Uhr, Aula, Sonnenburger Str. 20. Elternversammlung. Die bekanntesten Male sind mitzubringen.
- 19. Kreis Charlottenburg. Montag abends 7 1/2 Uhr in der Schule Lützowstr. 3. Ratsabend zur Ausbildung von Jüngern und Helferinnen. Selbstbestimmung von Hausarbeiten usw. Material mitbringen. Arge Beteiligung erwünscht.

Morgen, Montag, den 24. September:

- 3. Abt. Die für Montag angeordnete Sitzung der kommunalen Kommission findet umfänglich eine Woche später, am Montag, den 1. Oktober, statt. — 7 1/2 Uhr Sitzung der Bezirksführer, Betriebsvertrauensleute sowie aller Funktionäre im Lokal Emil Krüger, Engelauer 23.
- 8. Abt. 7 1/2 Uhr beim Genossen Thannhäuser, Steinmetzstr. 41. Vorstandssitzung.
- 12. Abt. 7 1/2 Uhr treffen sich alle Ordner bei Berger, Dorotheenstraße.
- 13. Abt. 7 1/2 Uhr Sitzung der Vertrauensleute und Betriebsvertrauensleute bei Obig, Straßburger Str. 11.
- 24. Abt. 7 1/2 Uhr Funktionärskonferenz bei Spiller, Nauener Str. 14.
- 4. Abt. 7 1/2 Uhr Sitzung der Abteilungsleiter und Funktionäre bei Eichholz, Turmstr. 23.
- 21. Abt. Charlottenburg. 8 Uhr treffen sich die Funktionäre bei Eise, Spandauer Hof, zur Vorbereitung von Werbematerial. Sämtliche Funktionäre müssen erscheinen.
- 63. Abt. Tempelhof. 7 1/2 Uhr Funktionärskonferenz in der Linde, Werder, Ecke Friedrichsberg-Strasse.
- 128. Abt. 130. Abt. Prenzlauer Berg. 7 1/2 Uhr im Jugendheim Vorstandssitzung mit den Abteilungsleitern.
- 1. Jungschaften. Gruppe „Südküste“ 7 1/2 Uhr im Jugendheim, Glogauer Str. 13. 1. Diskussions: „Unsere Winterarbeit“, 2. Remonieren des Vorstandes.

Frauenveranstaltungen am Montag, den 24. September:

- 1. Kreis Weidensee. 7 1/2 Uhr bei Pieper, Hällesche Str. 60, spricht Genossin Paula Köhler über „Die internationale Frauenkonferenz“.
- 12. Kreis Regis, Friedrichshagen, Sonntag, 7 1/2 Uhr bei Eitel, Albrechtstr. 87, Besprechung über „Die Winterverträge“.
- 18. Kreis Prenzlauer Berg. 7 1/2 Uhr im Jugendheim, Breite Straße. Thema: „Die wirtschaftliche und politische Lage“. Referent Genosse Krüger.
- 2. Abt. 7 1/2 Uhr bei Frau, Neue Königstr. 26. Thema: „Sozialismus als Kulturbewußtsein“. Referent Genosse Kießlich.
- 21. Abt. 7 1/2 Uhr in der „Bormärts“-Spekulation, Uckerstr. Ecke Müllerstraße. Thema: „Die politische Lage“. Referent Genosse Kießlich.
- 22. Abt. 7 1/2 Uhr bei Laube, Müllerstr. 63. Thema: „Das Recht auf Geburtsstätte, oder was muß die Frau von dem Gebärmuttergenick wissen?“ Referent Genosse Renner.
- 26. Abt. 7 1/2 Uhr bei Büttner, Schwebler Str. 23. Wahl einer Frauenleiterin. Erklären aller Frauen Briefe.
- 24. Abt. 7 1/2 Uhr bei Ruff, Gubener Str. 19. Thema: „Soziale Ethik“. Referent Genosse Walter Franke.
- 23. Abt. Bei Dreßke, Schreinerstr. 18. Thema: „Die politische Lage“. Referent Genosse Kießlich.
- 27. Abt. 7 1/2 Uhr bei Jerschke, Glogauer Str. 10. Referent Genosse Schindler.
- 19. Abt. 7 1/2 Uhr in der Juristischen Gesellschaft, Lindenstr. 3. Thema: „Das kommunistische Bekenntnis“. Referent Frau Dr. Wegscheider-Siegler, 2. d. R. (Mittelschule der Arbeitervereine).
- 41. und 42. Abt. 7 1/2 Uhr bei Hölzer, Bergmannstr. 69. Thema: „Soziale Ethik“. Referent Genosse Dr. Welters.
- 43. Abt. Der Frauenabend fällt aus. Der nächste Abend wird noch bekanntgegeben.
- 44. und 45. Abt. 7 1/2 Uhr im Lokal Oster, Lützowstr. 23. Thema: „Die Frau im Staat und in der Kommune“. Referent Genosse Kuhn.
- 47. Abt. 7 1/2 Uhr bei Kling, Kurfürster Str. 1. Thema: „Die Frau und der Sozialismus“. Referent Genossin Gertrud Bonno, 2. d. R.
- 102. Abt. Baumhüttenwerk. 7 1/2 Uhr bei Frau, Baumhüttenstr. 12. Thema: „Sozialismus als Kulturbewußtsein“. Referent Genosse Albert Kießlich.
- 108. Abt. Johannisplatz. 7 1/2 Uhr bei Hahn, Rauhstr. 10. Thema: „Leben und Wirken August Bebel“. Referent Genosse Wolf Wulfschlag.
- 128. Abt. Reinickendorf-Str. 7 1/2 Uhr. Thema: „4 1/2“. Referent Genossin Frau Dr. Kießlich.

Uebertrogen, Dienstag, den 25. September:

- Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer. 5 Uhr im Lehrereinkommens-Verein, Zimmer 1. Vorstandssitzung. Um 7 Uhr Wahlfeier für unseren Verstorbenen Dr. Derrin.
 - 16. Abt. 7 1/2 Uhr Funktionärskonferenz bei Krüger, Hiltensplatz, Zimmer 2. Die Vertrauensleute müssen die Mitglieder zu dem am Mittwoch stattfindenden Parteimitting einladen.
 - 26. Abt. 7 1/2 Uhr Sitzung der kommunalen Kommission bei Krüger, Dorotheenstr. 4.
 - 61. Abt. Friedrichshagen. 8 Uhr Parteimitting im Geschäftszimmer des Reichsbanknotendruckers. Genosse Wulfschlag, 2. d. R., spricht über „Wohin gehen wir?“
- Frauenveranstaltung am Dienstag, den 25. September:**
- 67. Abt. Reinickendorf. 7 1/2 Uhr bei Kuhl, Peinerstr. 1. Thema: „Die Frau und der Sozialismus“. Referent Genosse Krüger.

21. Abt. Mittwoch, den 26. September. Mitgliederversammlung in der Schul- und Glogauer Str. 7. Von 7 bis 7 1/2 Uhr werden Beiträge entgegengenommen. Bericht vom Parteitag. Referent Genosse Kuhn. Die Parteiführer müssen einladen.

29. Abt. Mittwoch, den 26. d. M., 7 1/2 Uhr, in der Juristischen Gesellschaft, Versammlung der kommunalen Kommission. Vortrag des Genossen Dr. Solmich, Erklären aller thematisch tätigen Genossinnen und Genossen Pflicht. Gäste willkommen.

47. Abt. Die Funktionärskonferenz findet nicht statt. Die Vertrauensleute haben zur Mitgliederversammlung am Mittwoch bei Wulfschlag, Uckerstr. 21, ein. Referent Genosse Frau Kießlich.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde Groß-Berlin.

Mittwoch, den 26. d. M., 7 Uhr, findet im Jugendheim, Lindenstr. 3, 2. Hof, 3. Tr. eine öffentliche Helferversammlung statt. Vorkonferenz mit Karl Wulfschlag über „Die Kinderfreunde Preußen“.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

3. Abt. Der Genosse Friedrich Bötz ist am Donnerstag verstorben. Ein- leitung Montag, den 24. September, nachmittags 2 Uhr, im Krematorium Glogauer Str. Um reze Beteiligung wird erucht.

26. Abt. Reinickendorf. Unser Genosse Paul Bödel, Berliner Str. 86, ist am 19. September verstorben. Einleitung Montag nachmittags 3 Uhr Baumhüttenwerk.

Jugendveranstaltungen.

Morgen, Montag, den 24. September:

Teilnehmer: Jugendheim Gemeindefabrik Offenbacher Str. 56. Mädchenabend, Vortrag: „Schulungspläne“.

Arbeitersport.

Turn- und Sportverein „Richter“, Berlin. 1. Männerabteilung: Sonntag, 25. September, Partie. Treffpunkt 6 1/2 Uhr Steiner Bohndorf. — Frauenabteilung: Zur Entgegennahme wichtiger Mitteilungen ersuchen alle Abteilungen einen Vertreter nach der Geschäftsstelle. — 2. Männerabteilung: 13. Geburtstag des Sozialen, den 23. September, Drauzer Köhlerstr. Anfang 4 Uhr.

Arbeiter-Turn- und Sportklub. 1. Kreis. Männerklub der Bundesstraße: Mittwoch, den 26. September, abends 7 Uhr, Versammlung sämtlicher gemeldeten Teilnehmer in der Geschäftsstelle „Richter“, Lindenstr. 108.

Nachmittags bei Zielka! Variété Kabarett

Eintritt frei bis auf reservierte Plätze. Friedrich-Ecke Leipziger

Stoffe Koch & Seeland G.m.b.H.
für Herren- u. Damen-Bekleidung
beste Fabrikate, große Auswahl, Verkauf mehrerer
Gertraudenstraße 12—20.

Geschelechts-Spezialarzt
Dr. med. Dammann Helianthallen
Haut- und Frauenleiden ohne
Berufs- ohne
Berlin: Demminer Str. 1, Ecke
Brunnenstr., Potsdamer Str. 123 B,
Königsstr. 87/88, Friedemann-Rheinstr. 7, nach eigenem erprobten Verfahren.
12 Institute in Deutschland.

Es grollt in der Tiefe!

Von Bernhard Krüger, Vorsitzender der B.S.P.-Gesamtfraktion des A.G.B.-Konzerns.

Vorbemerkung der Redaktion: Die nachstehenden Ausführungen eines erkrankten Arbeiters, dem jede Präzision fernliegt, geben wir als ein Symptom der Stimmung in breiten Volksschichten wieder. Wie es ungeht, mögen daraus lernen.

Offen aussprechen, was ist, ist das erste Gebot der Stunde. Seit Wochen befinden sich unsere Genossen in der Reichsregierung. Ich bin überzeugt, daß sie von den besten Absichten besetzt sind. Wir haben uns zu fragen: Was ist bisher geschehen? Außenpolitisch gesehen bahnt sich die Liquidierung des Ruhrkampfes an. Es ist ein böses Erbe, das die verfallene Regierung Cuno der jetzigen Koalitionsregierung überließ. Ich will nicht unterfahren, ob die Befehle hätte verhindert werden können. Aber unverantwortlich war die Art, mit der die verfallene Regierung den Ruhrkampf führte. Die Folge davon ist der Zusammenbruch unserer Finanzwirtschaft und die Aussicht auf den völligen Verfall unserer Volkswirtschaft.

Eine weitere Folge dieser Handlungsweise ist die fortschreitende Entwertung der Mark, die als Folgeerscheinung die ungeheure Teuerungswelle über das Volk gebracht hat. Das Programm, das unsere Genossen aufstellten und zur Bedingung ihres Regierungseintritts machten, war gut. Aber welche Wirkung hat es ausgeübt?

Das Steuerprogramm der Sozialdemokratie wurde vom Reichstag einstimmig abgelehnt. Statt nunmehr aber, angeichts der Not des Volkes, sich die herrschende Klasse bereit fand, ihren Anteil an den Lasten mitzutragen, versucht sie mit allen Mitteln, sich der Pflicht zur Tragung dieser Steuern zu entziehen. Nicht nur, daß die Lohnsteuern auf die Warenpreise geschlagen werden und damit wiederum der Konsument zur Tragung der Steuern verurteilt wird, schreitet man offen zur Schließung oder gewaltigen Einschränkung der Betriebe. Dabei macht man es sogar noch, als Begründung die Unmöglichkeit des Aufbringens der Lohnsummensteuer heranzuziehen. Statt von ihren Gewinnen etwas abzustößen, wälzt man alles auf die arbeitende Bevölkerung ab. Arbeiter und Angestellte werden entlassen, werden dem Elend der Arbeitslosigkeit überliefert. Trostlos blicken sie in die Zukunft und gehen weiterer Bereisung entgegen. Auf der anderen Seite zieht die besitzende Klasse aus der Not der gesamten Bevölkerung noch weiteren Nutzen. Die Spekulation treibt die tollsten Blüten. Der Dollar steigt stündlich. Den Gewerkschaften ist es nicht möglich, auch nur annähernd einen Ausgleich der Löhne herbeizuführen.

In der Tiefe grollt es! Verzweiflung hat die Arbeitermasse ergriffen. Viele glauben an nichts mehr, es sei denn an einen bösen Willen der Partei- und Gewerkschaftsführer. Nicht nur die indifferente Klasse, leider auch sonst besonnene und erprobte Parteigenossen verlieren das Vertrauen. Die Sozialdemokratische Partei muß den Mitglieder für alle Sünden der bürgerlichen Parteien abgeben. Viele Arbeiter in dem Betrieb fragen nicht nach unserer parlamentarischen Stärke, sondern glauben, daß wir durch unseren Eintritt in die Regierung schuldig seien, daß auf der einen Seite das Proletariat immer mehr verelendet, während auf der anderen Seite weite besitzende Kreise schwelgen und profieren können. Mit Verneinungsgründen und Hinweisen darauf, daß wir noch nicht die ausschlaggebende Macht besäßen, um so zuzugreifen, wie es notwendig ist, kann man den darbenenden Massen nicht kommen. Man rechnet uns vor, wie hoch der Dollar unter Cuno stand und wie hoch er jetzt unter Hilferding steht. Das ist ihre Argumentation, gegen die sich unsere Genossen wehren müssen. Die Arbeiterschaft will sehen, daß, bevor von ihnen Opfer verlangt werden, zunächst jene Kreise dazu gezwungen werden, die noch im Ueberfluß haben. Bis jetzt hat die besitzende Klasse noch kein ernsthaftes Opfer gebracht und durch ihr Verfehlen die allgemeine Bereisung mitverschuldet. Ihre Habgier geht so weit, daß sie sich unbedürftig darum, welche sozialen Folgen ihr Verhalten nach sich ziehen muß, alles daransetzen, ihre Profitinteressen zu befriedigen. Sie fragen dabei durchaus nicht nach der Erhaltung der Republik oder sonstiger heiligem Gütern, die man dem Volke als unentbehrlich bezeichnet hat.

Mit übermenschlicher Kraft führt die Sozialdemokratie den Kampf um die Erhaltung der Republik, die Einheit des Reiches und den Wiederaufbau der Wirtschaft. Dieser Kampf wird von den Kreisen rechts von uns sabotiert und links von uns nicht anerkannt. Im Gegenteil, auf uns lastet die Verantwortung für all die Dinge, die wir nicht verschuldet, vor denen wir hinreichend gewarnt, die wir auf das heftigste bekämpft haben. Kann die Partei in diesem Stadium es verantworten, Mitglied einer Regierung zu sein, in der sie die Minderheit bildet und die nicht in der Lage ist, die Widerstände der herrschenden Schichten zu beseitigen? Gewiß ist die Partei nicht Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck. Wollen wir aber der Arbeiterbewegung und damit dem gesamten deutschen Volke dienen, ist eine starke Partei unbedingte Voraussetzung. Partei und unsere Parlamentarier sind zur Ohnmacht verurteilt.

An unsere Postabonnenten!

Wir haben unsere Postbezeichner eine Zahlkarte zugehen lassen und bitten, den darauf geforderten Betrag von 6 000 000 M. als erste Nachzahlung auf den bei der Post entrichtenden Septemberbezugspreis auf unser Postcheckkonto zu überweisen. Ausser dieser ersten Nachzahlung sind wir durch die enorm gestiegenen Herstellungskosten gezwungen, noch eine zweite Nachzahlung von ebenfalls 6 000 000 M. zu erheben, welche die Post durch Nachnahmekarte einzieht. Wir bitten, auch diesen Betrag sofort zu entrichten. Dabei weisen wir darauf hin, daß der wirkliche Bezugspreis vom 23. - 29. d. M. allein 20 000 000 M. beträgt.

Vorwärts-Verlag, Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

wenn die Massen den Glauben an sie verlieren. Und sie sind im Begriff, ihn zu verlieren angesichts der standstillen Zustände im inneren Deutschland, für die die Partei mit verantwortlich gemacht wird. Aber was ist zu tun? Die Regierung muß den Mut haben, rücksichtslos durchzugreifen. Tut sie dieses, ist ihr der Erfolg sicher. Tut sie es nicht, so wird sie unter viel schwierigeren Umständen ihren Platz zu räumen haben, als die Regierung Cuno. Alle Privilegien einzelner müssen fallen, und zwar sofort. Die Volksgemeinschaft kann auf einzelne keine Rücksicht nehmen, wenn die Existenz des gesamten Volkes auf dem Spiele steht. Die Landwirtschaft muß zur Ablieferung von Lebensmitteln gezwungen werden, und zwar zu Preisen, die für das Volk erträglich sind. Es muß ja geradezu aufreißend wirken, wie in dieser allgemeinen Not, in der sich die Arbeiterschaft befindet, die Landwirtschaft es wagen kann, die Lebensmittel zum Spekulationsobjekt zu machen.

Die Industrie muß gezwungen werden, die Betriebe zu öffnen. Die Straße muß frei werden von Arbeitslosen. Besteht die Möglichkeit nicht, voll zu arbeiten, so mag die Arbeitszeit auf drei Tage herabgesetzt werden. Der Lohnausfall für die übrigen drei Tage muß den Arbeitnehmern teilweise vergütet werden. Dieses kann geschehen, indem das Reich ein Drittel, der Unternehmer ein Drittel und das letzte Drittel der ausfallenden Lohnsumme der Arbeitnehmer trägt. Wird die Arbeitslosenfrage noch größer, so sind die Folgen für das Reich noch nicht absehbar. Wir stehen vor einem Winter, der dem Vorkriegszeit nicht einmal notdürftig die Garantie gibt, leben zu können. Welche Folgerungen solche Situation haben muß, darüber wird sich der einzelne klar sein.

Mit aller Klarheit muß gesagt werden, daß im jetzigen Augenblick nur die alleräußerste Anstrengung uns vor dem Chaos bewahren kann. Glauben die bürgerlichen Parteien, diese Forderungen ablehnen zu müssen, muß die Partei die Verantwortung für das, was kommt, ablehnen.

Die Zeichen deuten auf Sturm. Die Verzweiflung steigt! Kommt es erst zu Verzweiflungsausbrüchen und zur Hungerrivolte, so gibt es kein Halten mehr, dann wird mit ihrem Ausbruch nicht nur die Arbeiterbewegung vernichtet, sondern auch die Bourgeoisie muß mit ihrer Vernichtung rechnen. Der einmal entflammte Bürgerkrieg wird ungeheure Leiden für das Volk und den Zerfall des Reiches bringen. Dies zu verhindern ist unsere Pflicht. Uebernehmen wir unsere Aufgabe, indem wir uns als Führerin an die Spitze des Proletariats stellen.

ebenso großer Psycholog wie Naturforscher wäre, und wir könnten alle zusammen einpacken! Leider —

„Gedert vergahen Sie zu essen, verehrter Meister!“

„Richtig!“

Und in drei oder vier Bissen, die eines Gargantua würdig gewesen wären, verschlang er erst zwei und dann noch einmal zwei Ravioli und lobte dabei lachend mit vollem Munde den Cooper und ließ aufgeregt in der Boutique umher. Dies geschah offenbar zum größten Entsetzen des englischen Fräuleins, welches daß erstauut war, einen Menschen, den sie sich als einen von Blumen und Düften, Wolken und Winden sich nähernden Halbgott geträumt hatte, nun so unmäßig essen zu sehen. Immerhin schien es ihrer hingebenden Bewunderung nur wenig Abbruch zu tun.

„Wenn Ihnen dieser Räuberroman so gut gefällt,“ versetzte ich und bot ihm, da er keinen Wein trank, ein Glas Wasser an, „warum schreiben Sie dann nicht selbst so etwas, das an einem See spielt?“

„Und woher, zum Teufel, sollte ich denn diesen See nehmen? Hier gibt es nur Waschbecken und allenfalls Badewannen.“

„Sie kennen doch eine Menge weitgereiste Leute. Lassen Sie sich von denen erzählen, wenn sie Ihnen in Les Jardies ihre Besuche abstatten. Ich weiß: die meisten sind nur Schwämme. Aber schließlich, wenn man sie ordentlich ausdrückt, kommt doch etwas dabei heraus.“

„Ach, Liebster,“ entgegnete Balzac und führte das Glas Wasser zum Munde, „ach, wüßtet Ihr, wie viel man wenig weiß! Wollen Sie einen Beweis dieser schrecklichen Wahrheit? Hören Sie folgendes!“ — Und, nachdem er zwei weitere Ravioli verschlungen, erzählte er:

„Als ich mich mit den Vorarbeiten zur „Allie im Tal“ beschäftigte, kam mir die Idee, meinem Buche ein paar unsterbliche Seiten Landschaftsbilder mitzugeben. Von diesem Gedanken besetzt, stürzte ich mich wie ein Held in den Pantheismus der Natur. Ich wurde Baum, Bach, Brumen, Stern, Wolke und Wind. Dann wollte ich mich einer wissenschaftlichen Gründlichkeit befleißigen und Namen und Bedeutung von einer Unmenge von Pflanzen erfahren, um mit solcherlei Kenntnissen meine Beschreibung zu würzen. Zunächst war ich darauf bedacht, die Namen all der kleinen Gräser kennenzulernen, die man für gewöhnlich zertritt . . . am Wegrand . . . auf den Weiden . . . überall. Ich wandte mich also an meinen Gärtner. „Ach,“ meinte der, „nichts leichter als das!“ — „Na, dann lang mal an!“ — „Au, also, das hier ist Bitterklee, das hier Schmedensklee, das hier Eiparfütenklee, das hier —“ Ich wehrte ab: „Nein, nein, ich frage dich, wie man diese Tausende von winzigen Gräsern nennt, die wir zerretzen . . . Wie ich sie hier abreißt, schau!“ — „Nu, das ist Gras.“ — „Über die Namen dieser Agriden von

Aus der Partei.

Die der Parteivorstand bekannt gibt, soll in der 39. Kalenderwoche (vom 23. bis 29. September) der Mindestbeitrag für die Partei betragen:

800 000 M. für Männer, 50 000 M. für Frauen.

In der Woche vom 30. September bis 6. Oktober ist der 40. Wochenbeitrag fällig.

Der Mindestbeitrag soll für diese Woche sein:

1 500 000 M. für Männer, 500 000 M. für Frauen.

Der Breslauer Sozialdemokratische Verein hielt eine große Versammlung ab, in der zu der Frage des Verbleibens der Partei in der großen Koalition Stellung genommen wurde. Obwohl hier der überwiegende Teil der Redner, unter ihnen auch der Referent, Genosse Künzler (Berlin) sich gegen ein weiteres Verbleiben in der großen Koalition aussprachen, sprachen sich doch drei Viertel der Versammlung für ein weiteres Verbleiben in der Koalition aus. Es wurde eine Resolution angenommen, die der Friedenspolitik Stresemanns ihre Zustimmung aussprach, den Kampf gegen den Reichswehrminister zwar fortgesetzt haben will, aber lediglich innerhalb der großen Koalition, und im übrigen gegen jede Verletzung des Achtstundentages Stellung nimmt, da die allenthalben hervortretende Verkürzung der Arbeitszeit keinen Vorwand gebe, Mehrarbeit einzuführen.

Die Angriffe gegen die Vertagung der Breslauer Reichswehr mit illegalen Organisationen haben übrigens infolgedessen eine Wirkung gehabt, als von den drei verantwortlich genannten Offizieren bereits einer den Dienst quittiert und ein anderer seine Verlegung nachgedacht hat.

Die Landeskonferenz der B.S.P. Anhalts am 18. September nahm mit 13 gegen 7 Stimmen folgenden Beschluß an:

„Die Landeskonferenz der Anhaltischen Sozialdemokratie billigt die Beschlüsse des Parteiausschusses und der Reichstagsfraktion über den Eintritt unserer Genossen in die Regierung.“

Filmschau.

„Tajun“, ein amerikanischer Abenteuerfilm, fand bei seiner Uraufführung im Tauentzien-Palast eine recht beifällige Aufnahme. Dies ist nicht verwunderlich, denn dieser Film bringt alles, was man von den Amerikanern erwartet, und alles, in dem sie ein routiniertes Können haben. Die Handlung spielt sich hauptsächlich auf einem Schmutzgerüst ab, das unter dem Kommando eines Räubers, der Tochter eines verstorbenen Schmugglers, steht. Sie hat die Mannschaft in Raision und weiß eigentlich immer ihren Kopf durchzusetzen. Als sie aber die Liebe als Frucht an Bord nimmt, ist ihr Untergang besiegelt, und ihr junges Leben findet einen vorzeitigen Abschluß. Allen Danks, der Regisseur, hat eine große Filmsicherheit. Er versteht sich auf reizvolle Bilder. So hat man seine beste Freude an der Schiffszüge und einem dröhligen Affen. Warum freilich während eines Tajuns der Mann am Steuer sich nicht schämbet und seine Rehen an Bord gesogen werden, ist unklar, aber der Spannung halber wohl erforderlich. Etliche Altschulisse sind zu bemerken, doch weisen die letzten Akte Höhepunkte und glänzende Leistungen auf. Im Gegensatz zu den bisherigen amerikanischen Filmen, die gleich im ersten Akt mit der Verfolgung einziehen und Verfolger und Verfolgte dann durch sechs Zeile mal sechs Akte hegen, ist im „Tajun“ alles bis zum Schluß angeordnet. Dann jedoch arbeitet man einfach, selbstlos, und der Erfolg steht nicht aus. Als Hauptdarstellerin sieht man die sehr schöne Dorothy Phillips. Bestrebendweise waren einige Bilder verschwommen.

Am Besprogramm wurde das Publikum zum Mitbewunderer der Schönheiten des Landes, wobei Wissens- und Beachtenswertes interessant übermitteln wird.

„Das Paradies im Schnee“. Mit ihm ist St. Rottz gemeint. Oft hat man schon diese Stätte, an der die Reichen sich den Winterfreuden hingeben, im Film gesehen. Aber neue Reize, neue Wunder der Schneelandschaften sind entdeckt worden. Und was gibt es sonst noch alles zu sehen, ein eingeschneites Bälzle, einen mächtig prustenden Schneepflug, Pferdewettrennen auf dem zugefrorenen See und jegliche Art von Wintersport. Ferner lustiges Leben, tolles Karnivalsstreben. Man schaut und schaut, um nimmer müde zu werden. Der Regisseur Jacoby, unterstützt durch gute Darsteller, kann einen hellen Erfolg wahren, der über die freundliche Aufnahme bei der Uraufführung in der Alhambra noch hinausgeht.

Wetter bis Montag mittag. Ein wenig wärmer, überwiegend bewölkt mit Regenschauern, bei ziemlich frischen südwestlichen Winden.

Balzac und das Gras.

Aus dem Anzeigebüchlein „Der kleine Balzac“, das von Otto Kallenberg aus dem Französischen des Herrn Goggin übertragen und bei Paul Siegemann in Hannover erschienen ist.

In diesen für Balzac körperlich wie geistig gleich anstrengenden Tagen (da in der Porte-Saint-Martin sein Drama „Bautrin“ geprobt wurde) war es, daß er mich eines Tages auf dem Boulevard des Capucines anhielt und, abgehebt wie er war, zu mir sagte:

„Ach, Liebster, ich sterbe vor Hunger . . . Es ist um drei . . . Ich komme von der Probe . . . Kommen Sie nur . . . Ich habe ein hübsches Lokal entdeckt . . . Dort gibt es großartige Pasteten . . . Sie werden sehen . . . Kennen Sie Reistuchen?“

„Das ist etwas ziemlich Fades.“

„Das wollte ich Ihnen eben sagen . . . Aber kennen Sie Ravioli?“

„Doch . . .“

„Sie kennen sie nicht . . . Kommen Sie!“

Und indem er mich mit dem einzigen Arm anpackte, den er frei hatte, — er hielt drei oder vier dicke Bände unter dem anderen Arm — brachte er mich im Sturmschritt des Heißhungerers zu dem gerühmten Pastetenbäcker in der Rue Rogée.

Wir traten ein.

„Ravioli!“ bestellte Balzac.

„Wieviel?“

„Alle! Wir essen alle . . .“

„Wemsa beliebt,“ sagte das süße englische Fräulein, welches das Kuchenblech aus dem blattpolierten Ofen zog.

Wie Balzac seine Bücher auf den Tisch warf, nahm ich an, er würde sich alsbald mit der Befruchtung eines Raori auf die Pasteten stürzen. Statt dessen fragte er mit einem Blick auf die dicken Bände:

„Wissen Sie, was ich da habe?“

„Nein, lieber Balzac.“

Wie ich den Namen Balzac aussprach, blieb das englische Fräulein, das uns bediente, plötzlich stehen. Sie vergah all die anderen Gäste. Sie erglühte in diesem Augenblick, wie eine reizende Rose im Schimmer der aufgehenden Sonne erglüht. Sie war wie von einem Zauberstrahl getroffen.

Balzac redete weiter:

„Es ist das neueste Werk von Cooper: „Der Dattorio“. Herrlich! Unverwundlich! Und fabelhaft spannend! Nach den letzten zwei drei Werken war es natürlich zu erwarten. Sie müssen es lesen! Neben Walter Scott kenne ich keinen, der eine solche Reinheit der Farbgebung hätte. Fehlte nur noch, daß er ein

Gräsern, von langen und kurzen, geraden und gebogenen, sanfter und rauhen, feuchten und trockenen, dunkel- und hellgrünen!“ — „Nu, ich sag's ja, das ist Gras.“ Nie und nimmer konnte ich eine andere Antwort, eine andere Definition erhalten, als: „Das ist Gras.“ Am anderen Tage kam zufällig ein Freund zu Besuch, einer jener weitgereisten Leute, die Sie meinen. Ich fragte ihn, wie ich Tags zuvor den Gärtner gefragt hatte: „Sie als Botaniker und weitgereister Mann müßten doch eigentlich die Namen dieser kleinen Gräser hier kennen . . .“ Ich rief eine Handvoll Gras aus und gab es ihm. „Da . . . Es ist . . . Sehen Sie,“ sagte er nach eingehender Betrachtung, „mein Spezialgebiet ist eigentlich die Flora der Malabarische . . . Dort beherrsche ich alles . . . Sehen Sie, wenn wir in Indien wären, sagte ich Ihnen ohne weiteres die Namen dieser tausend und aber tausend kleinen Pflanzen . . . Hier in dessen . . .“ — „Hier sind Sie genau so dumm wie ich.“ — Aus Wut rannte ich am nächsten Tage in den Jardin des Plantes. Ich wandte mich an einen der gelehrtesten Gelehrten des Instituts. „Ach, Herr Balzac,“ meinte der berühmte Forscher, „was verlangen Sie von mir?! Wir beschäftigen uns sehr mit der Familie der Parig oder mit der nicht weniger interessanten der Tamarig, aber unsere Zeit ist uns zu wertvoll, als daß wir uns mit diesen kleinen, nichts sagenden Gräsern abgeben. Das ist eine Angelegenheit für Gemüthlicher. Aber, Scherz beiseite,“ fügte er hinzu, „wo lassen Sie denn Ihren Roman spielen?“ — „In der Touraine.“ — „Nun, so wird Ihnen der erste beste Bauer dort sagen können, was Sie hier sein noch so gelehrter Professor lehren könnten.“ Und ich reiste in die Touraine, wo ich Bauern fand, die so dumm waren wie mein Bekannter, so dumm wie mein Gärtner, aber doch nicht ganz so dumm wie die Professoren im Jardin des Plantes. Und es wurde mir unmöglich, in der „Allie im Tal“ eine Wiesenlandschaft zu beschreiben, wie ich sie so gern halm für halm in der klaren, geduldigen Manier niederländischer Meister gegeben hätte. Jetzt meinen Sie, sollte ich mich auf die Wegetarien verlassen, um mir die Details zu einer Seelandschaft zu verschaffen?! Wir wollen bescheiden sein und den Abbé Beriot nicht mehr todeln, weil er gefragt hat: „Meine Ansicht ist fertig.“ Er hat sich keine Ansicht viel besser ausgedacht, als andere sie ihm erzählt hatten. Nur kann man natürlich nicht alles erfinden wollen. — Was bin ich schuldig?“ wandte sich hierauf Balzac an das englische Fräulein.

„Richtig, Herr Balzac,“ sagte sie mit einem Ton von Kleinem Stolz und hübscher Bestimmtheit, daß keine Widerrede möglich war. Balzac sah mich unglücklich an. Jedoch, noch im selben Augenblick fand er eine galante Erwiderung auf dieses gefasste Verfahren. Er überreichte ihr den Cooper'schen Roman mit den Worten:

„Daß ich nicht der Autor dieses Wertes bin, habe ich nie so sehr bedauert, wie eben jetzt, mein Fräulein.“

